

Volkswacht

für Schlessen - Organ für die werktätige Arbeit

AKTIVITÄT
DISZIPLIN
REINIGKEIT
Gegen Hitlerbarone

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthesstraße 100, Breslau durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigensatz: Je Millimeter Text 10 Pf. Familienanzeigen 4 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 58 52. Druck: 10 beiliegend.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt. Einzelnummer 10 Pf.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, 10 beiliegend. Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang Dienstag, den 13. September 1932 Nr. 215

Volkstammpf gegen Lohnabbau

Sozialdemokratie beantragt Volksbegehren gegen Hungernotverordnung Papens

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat beim Reichsminister des Innern noch vor der Auflösung des Reichstags die Einleitung eines Volksbegehrens zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Papen-Notverordnung beantragt

Die Sozialdemokratie ruft das Volk, sie ruft alle Arbeiter und Angestellten. Wehrt euch, greift an! In der letzten Notverordnung hat sich die Reichsregierung die Ermächtigung erteilt, mit der Sozialpolitik und mit den Arbeiterrechten zu machen, was sie will. So ist es die Reaktion verlangt. Nun soll das Tarifrecht durchlöchernt, eine neue allgemeine Lohnsenkung durchgeführt werden. Auch alle sozialen Einrichtungen sind in Gefahr.

Dem Reichstag ist eine Hilfe zunächst nicht zu sperren. Sein Wille wird mißachtet, er ist von der Regierung aufgelöst worden.

Nicht muß das Volk selbst sprechen unmittelbar und unmißverständlich. Es hat das Recht, hat die Macht dazu.

Die Sozialdemokratische Partei weist den Weg noch vor der Auflösung des Reichstags hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, über einen von ihr eingebrachten Entwurf zur Aufhebung der sozialpolitischen Teile der Notverordnung das Volksbegehren einzuleiten. Die Grundlage für den Einbruch in die Tarifverträge, für den

neuen Lohnraub und für den Generalangriff auf die Sozialpolitik soll zertrümmert werden. Dieses Volksbegehren muß zugelassen, es kann nicht verhindert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich darauf beschränken müssen, ihren Vorstoß gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung zu richten. Sie mußte das tun, da Bestimmungen, die den Haushaltsplan oder die Abgabengehebe berühren, nach der Verfassung nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen. Aber der sozialpolitische Teil verletzt auch die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten am meisten. Er ist deshalb der wichtigste und entscheidende.

Die Reichsregierung beruft sich bei ihrem Vorgehen auf den Willen des Volkes, wie er bei der Präsidentschaftswahl unmittelbar zum Ausdruck kommt. Wohlan! Wir wollen diesen Weg gehen.

Die Sozialdemokratie appelliert direkt an das Volk, jetzt unmittelbar seinen Willen zu bekunden

Es soll der Sozialreaktion sein unerhittliches Nein entgegengehen. Ein direkter Entschluß des Volkes soll stattfinden über das Recht der Arbeit in Deutschland, diesem Staat, dessen Existenz auf der Leistung der Arbeiter und Angestellten beruht. Der Wille des Volkes soll entgegengesetzt werden dem Diktat einer kleinen Herrschicht, Großagrariern und Schwerkapitalisten soll die Macht entzissen werden, die sie sich angemahnt haben.

Der Kampf wird den Sieg bringen. Es muß ein großer und gewaltiger Sieg werden, ein Sieg, der jeden Widerstand erdrückt. Von Haus zu Haus, von Mund zu Mund muß die Kunde getragen werden:

Wie greifen an, wie schlagen zu!

Jeder Arbeiter und jeder Angestellte, jeder Anhänger des Wohlfahrtsstaats, jeder Feind des Armutsstaats muß von unserem Kampf erfaßt werden. Verbunden mit unserer Wahlarbeit für ein arbeitsfähiges, jeder Art der Diktatur ablehnendes Parlament der Freiheit geht die Werbung für die direkte Aktion des Volkes.

Unsere Parole lautet: **Kampf der kapitalistischen Offensive! Baut auf den Staat der Arbeit, des Wohlstandes und der Freiheit!**

Der Wortlaut des Volksbegehrens

Der Gesetzentwurf über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Maßnahmen lautet:

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.
Der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 57, S. 428 folgende) wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

§ 2.
Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

An das Deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat den eben erst gelösten Reichstag in dem Augenblick aufgelöst, er mit der ungeheuren Mehrheit von 32 gegen 32 Stimmen ihr das Mißtrauen ausgesprochen und ihre Notverordnungen aufgehoben. Die Regierung Papen hat mit dieser Auflösung bewiesen, daß sie sich gegen den Willen an der Macht halten will. Sie hat damit gegen den Sinn des Art. 1 der Reichsverfassung gehandelt.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Wie konnte die Regierung einer kleinen Herrschaft es wagen, sich über den Volkswillen, über eine so geheime Parlamentsmehrheit hinwegzusetzen? Ein solches Spiel wäre unmöglich gewesen, wenn die Regierung einer geschlossenen Parlamentsmehrheit von erzeugten Anhängern der Demokratie gegenüber gegenüber hätte. Solange es eine solche Mehrheit unter Führung der Sozialdemokratischen Partei gegeben hat, konnte keine Regierung einen solchen Anstöß mit dem Volkswillen wagen. Anders bei der letzten Mehrheit des Reichstages:

Mehr als drei Fünftel der Abgeordneten, die gegen Papen gestimmt haben, sind selbst Anhänger der Diktatur, verachten grundsätzlich den Willen der Volkswahl. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen heucheln sie jetzt Verfassungstreue. Die 280 Nationalsozialisten haben nicht gegen die Regierung Papen gestimmt, um den das selbstherrliche Regiment des Herrenklubs das Volk wieder in seine Rechte einzusetzen. Sie wollen an

Stelle der Diktatur Papen-Schleicher die Diktatur Hitler setzen; sie wollen das Volk vom Regen in die Traufe bringen.

Aber die Ohnmacht des Reichstags, die augenblickliche Macht der Papen-Diktatur sind nicht nur das Werk der Nationalsozialisten allein. Schulter an Schulter mit ihnen haben die Kommunisten stets die Demokratie bekämpft und die Diktatur an ihre Stelle setzen wollen.

Deutsches Volk! Jetzt erfährst du, wohin es fährt, wenn du einen Reichstag wählst, der in seiner Mehrheit aus Gegnern des Parlaments besteht. Dadurch wird der Reichstag zur Ohnmacht verurteilt. Nur so konnte die Selbstherrlichkeit Papen-Schleicher zur Tatsache werden.

Eitel Spiegelschere ist es, wenn die Nationalsozialisten jetzt so tun, als wollten sie den Kampf für die Rechte des Reichstags und des Volkes gegen die Regierung aufnehmen. Die gleichen Nationalsozialisten haben länger als ein Jahrzehnt gegen „das System“ getobt, haben unzählige Male geschworen, die Demokratie mit Stumpf und Stiel auszurrotten. Ein Narr, der glaubt, daß Hitler und seine Partei zum Schutz des bedrohten Parlaments den Kampf führen! Das Volk durchläuft dieses Spiel und wird sich im Kampf gegen die Papen-Regierung nicht zum Vorposten einer Hitler-Diktatur hergeben.

Hitler und Göring haben selber die Regierung Papen in den Sattel gehoben und all ihr jegiges Loben gegen diese Regierung wäscht die geschichtliche Schuld von ihnen nicht ab.

„Auf unserem breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtskleidung geklettert.“

So hat wenige Tage vor der Reichstagsauflösung Josef Goebbels im „Angriff“ geschrieben. Meint ihr, die feinen Herren, die Papen-Schleicher, hätten den „breiten Rücken“ der Nazis hinaufklettern können, wenn diese ihn nicht geduldig hingehalten hätten?

Hitler selber hat ja am 8. September 1932 in München erklärt: „Die Nationalsozialistische Partei hat sich gegen die Regierung Papen solange neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe!“

So gesteht Hitler die Tolerierung Papens ein.

Ohne Hitler kein Papen

Der Abgeordnete Rube, der Führer der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag, hat am 30. August dort erklärt, daß ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers die Regierung Papen nicht an der Macht wäre. Die Reichsregierung selbst hat sich in einer amtlichen Erklärung auf die Zulagen Adolf

Hitters berufen. Mit ihrem lauten Geschrei wollen die Nationalsozialisten nur verschleiern, daß sie die Regierung der Barone in den Sattel gehoben haben und voll mitverantwortlich sind für alle Maßnahmen, für Todes- und Zuchthausverordnungen, für Renten Kürzungen und Lohnbrut.

Durch ihre Hege gegen Demokratie und Marxismus hat die Hitler-Partei lediglich die finstere Reaktion, die nackte Kapitalherrschaft an die Macht gebracht. Für den Sieg des Kapitalismus haben die braunen Horben Hitlers unzählige Arbeiter getötet, Gewerkschaftshäuser gekürrt, Konsumvereinsläden demoliert.

Um zur Macht zu gelangen, haben die Nationalsozialisten geduldet, daß die Papen-Regierung die Unterstützungen der Sozialrentner, der Kriegsveteranen und der Arbeitslosen in der brutalsten Weise kürzte. Sie hätten auch den Angriff auf die Löhne und das Tarifrecht geduldet, wenn nicht ihr Bestreben, in den Alleinbesitz der Macht zu gelangen, gescheitert wäre. Nur weil Hitler nicht Reichskanzler wurde, begannen sie den Angriff auf die Regierung Papen.

Das Kapital sieht jetzt den Zweck erfüllt, für den es die Hitler-Partei finanziert hat: durch seine Hege gegen die Marxisten hat Hitler es den Kapitalisten ermöglicht, ihre wirtschaftlichen Forderungen gegen die Arbeiter durchzusetzen.

Nun mag der treue Kapitalnecht Hitler den Platz freimachen für Höhergeborene. Man bedarf seiner nicht mehr. Das Volk aber erkennt jetzt:

Solange die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag war, konnte der Kapitalismus die Grundrechte der Arbeiterklasse nicht antasten.

Jetzt, wo die Nationalsozialisten die stärkste Partei geworden sind, sind 230 nationalsozialistische Abgeordnete kein Hindernis für das Scharfmachertum, die Interessen des Proletariats mit Füßen zu treten.

Getreu ihrer geschichtlichen Aufgabe stellt sich die Sozialdemokratie wieder an die Spitze im Kampf um die politische Freiheit und um seine sozialen Grundrechte. Sie ruft zur sozialistischen Offensive:

Ueberwindung der Krise nicht durch Lohnabbau und Geschenke an die Privatwirtschaft, sondern durch sozialistischen Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft.

Die Anträge, die die Sozialdemokratie im aufgelösten Reichstag gestellt hat, zeigen den Weg. Sie fordern Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken sowie aller staatlich subventionierten Betriebe.

Die Sozialdemokratie führt den schärfsten Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse, die durch die jüngsten Notverordnungen auf die Spitze getrieben wird. Sie richtet ihren Hauptstoß gegen den Lohnabbau und die Bedrohung des Arbeitsrechtes. Sie ruft zum

Vollentscheid

auf, um mit dieser Waffe die Beseitigung

der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung zu erzwingen.

Das ganze Volk soll sprechen unerschrocken, unmißverständlich. In der Nacht dieser Entscheidung soll der Beschluß der Sozialreaktion getroffen werden.

Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampf gegen die Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktaturillusionen von links hingibt. Nur, weil ein Teil der Arbeiterklasse vom gemeinsamen Kampf abgepalten worden ist, konnte die Reaktion in Deutschland zu ihrer jetzigen Macht erstarken. Als Hüterin der wirtschaftlichen und politischen Rechte der arbeitenden Massen ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk zum entscheidenden Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Verelendung. Ebenso wie politische Freiheit mit sozialem Fortschritt verbunden ist, ist Diktatur untrennbar verknüpft mit sozialer Reaktion.

Frankreichs Antwort auf die Rüstungsnote Frankreich gegen Aufrüstung Deutschlands - Entscheidung Sache des Völkerverbandes - Deutschlands Sicherheitsanspruch anerkannt

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Militär-Memorandum ist am Montag abend veröffentlicht worden. Frankreich lehnt darin jede deutsche Aufrüstung grundsätzlich ab und erklärt, daß die Entscheidung über die Pläne der Regierung Papen allein beim Völkerverband liegt.

In der Antwort wendet sich die französische Regierung zunächst gegen die Behauptung der Reichsregierung, daß die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz möglicherweise unberührt bleiben würden. Frankreich selbst habe wiederholt seinen Willen zur Herabsetzung der Rüstungen bewiesen. Seine grundsätzliche Auffassung sei, daß man nicht nach der Aufrüstung einzeln streben dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Wörtlich heißt es dann in der Note:

„Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrage zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Bewirkung der allgemeinen Abrüstung, wie sie ihre eigenen Erklärungen nach Wunsch, unmöglich machen. Das Ziel ist, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Völkern wirkliche Friedensgarantien bietet und eine Erleichterung ihrer Lage ermöglicht. Wenn Deutschland die Absicht hat, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und Besprechungen darüber zu führen, so ist nichts berechtigter als dies.“

In der Note wird schließlich der Anspruch Deutschlands auf nationale Sicherheit anerkannt und gesagt, daß Frankreich nicht nur bereit sei, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es um solche Anregungen ebenso wie die der übrigen Staaten bittet. Nichts würde ihm zur Befriedung der Welt zweckmäßiger erscheinen als ein Zusammenwirken zweier großer Länder, die sich im Bestreben nach dem Wohle aller finden und späterhin gemeinsam den Dank der Nationen ernten würden. Wenn Deutschland jedoch eine allgemeine Aktion durchzuführen wünsche, so nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz, einmal, weil die Forderung Deutschlands dem Ziele dieser Konferenz und seinem Wesen nach direkt zuwiderlaufe und zum anderen, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen beteiligt seien, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt wären.

Die Entscheidung liege allein beim Völkerverband. Frankreich könne den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen habe, nicht zuwiderhandeln und es behalte sich vor, vor dem Völkerverband die Gründe darzulegen, die es hindere, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Die Note schließt: „Alles in allem macht die französische Regierung angesichts des deutschen Wunsches nach Befriedung, den wir teilen, auf die Gefahr aufmerksam, die sich für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft aus Maßnahmen ergeben würde, die früher oder später zu einer Wieder-

Weg deshalb mit jeder Diktatur Weg mit Papen! Weg mit Diktatur Wir führen den Kampf um die Freiheit, den Kampf für den Sieg der arbeitenden Massen, Gegen das Reich der Reichen Für das Vaterland der Armen Für ein freies Deutschland! Für Demokratie und Sozialismus

Berlin, 12. September 1932.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

aufnahme des Wehrtrüstens und einem Wiederleben des Militarismus führen können. Lausanne hat Frankreich eingewilligt, im allgemeinen Interesse Opfer zu bringen, was unparteiische Beurteiler anerkennen. Es glaubt, daß es bei Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen ihm möglich ist, mit Deutschland nach einem Rechtszustand zu suchen, jedoch nicht durch Rückkehr zu den alten Weg der Vorbereitung zum Krieg, sondern durch Fortschritt in der Organisation des Friedens.“

England ist Deutschland gegenüber sehr kühl

Paris, 12. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Londoner Korrespondent des „Temple“ meldet über die Haltung der englischen Regierung zu den in dem deutschen Militär-Memorandum gemachten Fragen u. a. folgendes:

„Die abwartende Haltung, die die englische Regierung bisher eingenommen hat, darf nicht, wie es einigen deutschfreundlichen englischen Zeitungen geschehen ist, dem Sinne ausgelegt werden, daß England die deutschen Forderungen zu ermutigen geneigt ist. Im Gegenteil ist man in gut informierten Kreisen der Ansicht, daß diese Forderungen in unglücklicher Form in einem unangünstigen Augenblick formuliert worden sind. Über die Frage einmal aufgemerkt ist, sucht man ein Mittel in gutem Glauben und in einer Art zu finden, die die Wahrung der internationalen Zusammenarbeit in Genf ermöglicht. Besonders die Aussicht der Nichtbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz, der vielleicht der Austritt aus dem Völkerverband folgen wird, scheint die englische Regierung beunruhigen. Ihr Hauptgrundlag in der Außenpolitik bleibt die Zusammenarbeit aller Mächte für die Sicherung der Ordnung und des Friedens.“

Papen will die Verfassung ändern

In seiner Kundfunkrede kündigte Herr von Papen am Montagabend unter anderem eine Reform der Verfassung an. Die Regierung beabsichtigt, dem deutschen Reich einen Entwurf (Vollentscheid) vorzulegen, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte für lange Zeit die Grundlage des staatlichen Lebens sichern solle. Hand in Hand damit müsse eine Reichsreform gehen, die jetzt in Frankreich eingeleitet sei. Die Reichsregierung verfolge einen einheitlichen und folgerichtigen Plan. Sie betrachte sich als Vollstreckerin eines nationalen Willens, der dem eigentlichen und wahren Volkswillen entspreche. Sie würde ihre Pflicht gegenüber der Nation erfüllen, wenn davon abgesehen würde, um einer parteipolitischen Koalition Platz zu machen. Sie sei unerschütterlich entschlossen, ihren Weg zum Ende zu gehen.

Die Nationalsozialistische Partei beabsichtigt die Einleitung eines Volksbegehrens auf Absehung des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigter Uebersetzung

aus dem Spanischen von S. H. Neuenhans

71

(Nachdruck verboten.)

Hier an den Drahtverbau heranzukommen suchen, ist Wahnsinn. Der Mann fährt fort zu überlegen: „Weinst glück, daß sie ihn kriegen, bin ich meinen Riemen los, und sie ziehen ihn mir von der Hüfte ab.“ Er zögert noch einen Augenblick, dann eilt er gebückt mit großen Sprüngen nach dem Drecht hinüber, bindet den Toten los und kommt mit einem alten Koppel zurück, das keine dreißig Centimos wert ist. So ein spanischer Heroismus bringt mich immer ein wenig aus dem Gleichgewicht. „Du bist ein tapferer Kerl“, sage ich. Der Soldat sieht mich erkannt an und zuckt die Achseln. „Hier machen's alle ja“, antwortet er. Richtig hier — ewig zwischen Bomb und Gegenpulver! — hier machen's alle ja! Weil sie sich weber von der Angst umbringen noch von den Rohren in die Platte lassen dürfen! Hier gibts keine Tapferkeit! In der Tat: wahrhaft tapferer Leute... wären überhaupt nicht hierhin gegangen, sondern zu Hause geblieben! Aber alle sind in der unklaren Feigheit ins Feld gezogen, auf die der Mann losen anspielte, und die er und ich nun vergessen müssen. Ich empfehle ihm Vorsicht an und gehe weiter, um die Meldungen der Unteroffiziere zu holen und an den Offizier weiterzugeben.

Der Geißliche und sein Helfer kommen von ihrer Berichtigung zurück. Der Mann trägt den weißen Beutel mit dem Salbol auf der Schulter. Die beiden Männer sprechen; es klingt im Dunkel der Nacht, als ob sich zwei Zivillisten unterhielten. Das Thema ist für die Gegend hier etwas Unerhörtes.

„Also die hier...“
„...haben nun ihre Seelen gerettet.“
„Ja meine, wenigstens einen Rohren wird wohl jeder erledigt haben.“

„Schadet nichts; es geschieht in rechtmäßiger Verteidigung des Vaterlandes.“

„In das Land hier unser Vaterland oder das der Rohren?“
„Eigentlich ihres; aber überall, wo ein Christenberz schlägt, ist Gottes Land. Wir müssen es gegen die Ungläubigen verteidigen.“

„Kaufe. Dann fährt der Soldat fort: „Ach so! — Also hat der Papst diesen Krieg beföhlen?“

„Nein, der König.“

„Wer dem König gehorcht, kommt in den Himmel?“

„Tawohl, der König ist von Gott eingeseht.“

„Wie meinen Sie?“

„Er vertritt in unserem Vaterland die Autorität Gottes.“

„Ganz recht, ich habe mir Gott immer als eine Art König angesehen.“

„Richtig!“

„Ich hab eine Frage.“

„Ja, was denn?“

„Wenn's einen hier dranken erwischt, und er flucht drauf los, meinen Sie, daß er dann doch in den Himmel kommt?“

„Ich habe nämlich oft genug gehört, daß einer fluchte, wenn er fiel.“

„Das ist allerdings eine schlechte Angewohnheit, aber es macht nichts. Gott rechnet es nicht an.“

„Und wenn ich, nehmen wir an, im Felde stehe und fluche auf den König, werd ich dann erschossen?“

„Natürlich!“

„Kann ich dann in den Himmel?“

„Ausgeschlossen! Wenn du es nicht vorher gründlich bereust.“

3. Kapitel

Schweigen und Dunkelheit, die uns umgeben, werden Stimmen und Licht in unseren Seelen. Halbbeleuchtet ziehen die Erinnerungen vorüber. Sie haben eine besondere Sprache. Man träumt hier wachend und im Schlaf; selbst auf Posten an der Hauptwache, das Gewehr auf den Schultern oder zwischen den Beinen. Man denkt an den letzten Brief, den man bekommen hat; er steht unter dem Nimmenseng in der Tasche. Ihre stärkste Kraft entfaltet die Erinnerungen in dem Unterstand am Wall, der als Hauptwache dient. Draußen verlaufen uns Himmel und nächtliche Finsternis mit Leben und Wirklichkeit; wir sind dort gewissermaßen freie Wesen und leben verhältnismäßig stark nach außen in der Besorgnis, uns selbst zu verlieren. Die Nacht

dagegen ist wie ein Gefängnis; hier reizt alles zur Flucht. Land der Erinnerungen; der Weg in die Hoffnung ist uns von den Gefahren, die uns morgen umlauern werden, so gut versperrt.

Eine als Lampe dienende Blechbüchse, ein sogenanntes Kint, spendet langsam ein unruhiges, röthliches Licht. Auf dem Boden schlafen zwanzig bis dreißig Mann. In regelmäßigen Zeitabständen wachen einige auf und ziehen auf Posten, während andere, in schmutzbespritzte Umhänge gehüllt, zurückkommen.

Ein magerer Mann mit einer Brille, der gebückt sich muß, um nicht mit dem Kopf an die Decke zu stoßen, sagt: „Was, Mensch! Eine Katze jammern oder fliegen schludern! Der Gesundheit nichts! Alle Tage brummen ein paar Fliegen um den Frühstücksteller. Dreimal tag ich sie weg. Verschwimmen sie beim dritten Male nicht, so pack ich auf, wenn sie wieder kommen, und geb ihnen — baw! — eins mit dem Cöffel. Werf sie in den Kaffee, sie ertrinken, und fertig! Alles ist Champ im Leben, verzeht! Kein Tier, das wir hier nicht schon in Knochen und Gedärmen haben!“

Es ist der Apotheker; er erklärt alles wissenschaftlich. „Schneid er das Nimmenseng auf, wirft sich hier und schläft.“

Dafür erhebt sich der Unteroffizier und hat das Koppel in der Hand. „Los! Nummer 16, 17, 18, 19, 21!“

Die Leute rappeln sich hoch. Der längste von ihnen hat etwas in seinem Brotbeutel und brummt: „Gefaut! —“

„Kommt davon, wenn man zu viel Vertrauen hat! Das ist die Kameradschaft und gar nichts! Soll doch jeder aus der eigenen Krippe fressen!“

Der Unteroffizier: „Na, ihr wollt wohl nicht? Wird's bald Was halt du zu quatschen?“

Der Bemaufte, eher gleichgültig als aufgebracht, brummt langsam weiter vor sich hin. „Immer Krieg ich Nummer 21 Kaptiere nicht, warum ich immer Nummer 21 habe!“

Der Unteroffizier geht; die fünf Mann folgen ihm am Nimmenseng. „Du! Ich habe Bianca keine Nummer für die Realen abgekauft, und jetzt steht er überhaupt nicht auf!“

„Was halt du ihm abgekauft?“ grunzt der andere verständnislos. Der Apotheker kratzt sich kräftig die Brust. „Ich schaff nach der Wand und murmel: „Eine Entleerte —““

(Fortsetzung folgt)

Reichstag aufgelöst

Bayern überrumpelt den Reichstag aus Furcht vor dem Spruch der Volksvertretung Mehr als 9/10 des deutschen Volkes gegen Bayern — Ueberne Rechtskomödie der Nazis Volkskampf für Volkserrettung

Der Reichstag ist am Montag nachmittag durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden.

Furcht vor dem Spruch der Volksvertretung; das ist es, was die Reichsregierung von Bayern beherrscht. Sie weiß, daß ihr greivares im Volke gleich Null ist. Darum der unwürdige Wettlauf des Reichskanzlers an sein Ziel, den Inhalt der roten Auflösungsmappe, die Urkunde des Reichspräsidenten bei dem Reichstagspräsidenten zu deponieren, ehe das Parlament zu einer Abstimmung kommen konnte.

Der Reichstag ist aufgelöst. Darüber herrscht juristisch kein Zweifel. Die Sozialdemokratie tut Recht daran, sich an einem Komödientenspiel der Nationalsozialisten, die mit den Zwirnsfäden parlamentarischer Geschäftsordnung ein weltgeschichtliches Ringen aufhalten wollen, nicht zu beteiligen.

Wir gehen ins Volk und kämpfen, auf die Volksmassen gestützt, um die Wiederherstellung der Demokratie,

deren Sinn und Geist von dieser Herren-Regierung Bayern und Konstantin Kündlich verlegt wird.

Dieser zweite und letzte Tag des am 31. Juli gewählten Parlaments war lehrreich genug. Er hat ein Bild der zerziffenen und verworrenen Zustände in Deutschland.

Auf der Ministerbank: das Gesicht der herrschenden Klasse: Hochkapitalismus, hohe Bürokratie und der Reichsmehrgeneral. Alles im dunklen Stoll, aber unsichtbar stand die Militärdiktatur hinter ihnen. Der Reichstagspräsident Goering eröffnete ohne jede Sensation die Sitzung. Der Kommunist Torgler beantragt vor der Erklärung der Reichsregierung auf die Tagesordnung zu bringen: die Abstimmung über die Anträge, die die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und das Mißtrauen gegen die Regierung von Bayern fordern. Solche Anträge liegen von der Sozialdemokratie und den Kommunisten vor.

Der Abgeordnete Löhe widerspricht dem kommunistischen Wunsch nicht, aber er unterstreicht, was schon Torgler gesagt hat, daß der Widerspruch eines einzelnen Abgeordneten genügt, um den kommunistischen Geschäftsordnungsantrag unmöglich zu machen. Außerdem befiehlt Löhe lächelnd den Abgeordneten Torgler dahin, daß dieser dem Reichskanzler geradezu den Tip gegeben habe, vor der Abstimmung seine Rede los zu werden oder gar die Auflösung auszusprechen. Torgler hatte nämlich darauf verwiesen, daß der Reichskanzler zu jeder Zeit das Wort nehmen könne.

Löhe beantragt, um auf jeden Fall ein sofortiges Inkrafttreten der Notverordnung zu verhindern, es möge als zweiter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden: „Die Notverordnungen vom 4. September und vom 5. September, soweit sie noch nicht in Kraft sind, werden nicht in Kraft gesetzt, bevor der Reichstag entschieden hat.“

Aber zur allgemeinen Verblüffung erhebt der deutschnationalistische Fraktionsführer Dr. Oberführer, der im Kellertentens-ausschuß Widerstand gegen die sofortige Abstimmung angekündigt hatte, keinen Widerspruch. Auf Veranlassung der Bayern-Männer aber warum? Jedenfalls hätte sofort über die sozialdemokratisch-kommunistischen Aufhebungs- und Mißtrauensanträge entschieden werden können. Da macht der nationalsozialistische Führer Dr. Frick einen Versuch zur Rettung Bayerns und der schwarz-braunen Koalitionsverhandlungen. Er beantragt, die Sitzung um eine halbe Stunde zu unterbrechen.

Die Angst der Nationalsozialisten vor der sofortigen Auflösung wird deutlich sichtbar.

Sie klammern sich an diesen parlamentarischen Kniff, an diese halbe Stunde, in der Hoffnung, daß bis dahin ein Dreh zwischen ihnen und dem Zentrum gefunden sei, um die entscheidenden Abstimmungen einige Tage hinauszuschieben.

Die Sozialdemokratie, in jeder Stunde kampfbereit und kampfbereit, macht diesen Winkelnzug nicht mit. Sie stimmt gegen die Unterbrechung der Sitzung.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wird aber die Unterbrechung der Sitzung beschlossen.

Die Eröffnung der neuen Sitzung verzögert sich. Zentrum und Nationalsozialisten verhandeln und verhandeln. Sie wollen die Auflösung über die Sozialdemokratisch-kommunistischen Anträge verhindern.

Dieser Weg ist aber inzwischen durch den Reichskanzler verbannt worden. Er ist zur sofortigen Auflösung entschlossen.

Er tritt mit der roten Kappe den Saal und knallt sie nervös auf seinen Platz.

In seiner deutlich sichtbaren Aufregung ist er jedoch der parlamentarischen Situation nicht gewachsen. Statt sich sofort zu erheben und die Debatte zu verlassen, starrt er unentschlossen und aufgeregt in den Saal. So verpaßt er seinen großen Augenblick. Der Reichstagspräsident ruft zur Abstimmung über die Aufhebungs- und Mißtrauensanträge auf. Da plötzlich wird der Reichskanzler lebendig. Er diktiert uns Wort. Der Präsident erwidert, daß das Haus in der Abstimmung ist und er deshalb das Wort nicht erteilen kann. Der Reichskanzler ist ratlos. Er geht auf seinen Platz zurück und scheint die Auflösungsorder zu lesen, sieht aber wohl ein, daß das in der allgemeinen Unruhe und in dem Hochgelächter nicht möglich

ist. Irgend wer flüstert ihm einen Rat zu. Der Reichskanzler geht erneut zum Präsidenten, um ihm ein Schriftstück, natürlich die Auflösungsorder, zu überreichen. Der Präsident beachtet den Kanzler und sein Papier, das dieser wie ein Bittschrift in der Hand hält, überhaupt nicht. Schließlich findet der Kanzler den Ausweg, das Dokument dem deutschnationalen Schriftführer Lamerenz zu überreichen, der es in Empfang nimmt. Nachdem er so endlich seinen Brief irgend wem abgegeben hat, verläßt der Reichskanzler unter brausendem Gelächter der großen Mehrheit im Abgeordnetenparlament den Sitzungssaal und die Minister folgen ihm im Gänsemarsch.

Die Schriftführer und die Fraktionsdiener eilen zum Einsammeln der Abstimmungsarten durch den Saal. In den Fraktionen und zwischen den Fraktionen beginnt ein lebhaftester Meinungsaustausch über die staatsrechtliche Lage: „Ist der Reichstag aufgelöst? Sind die Abstimmungen, die jetzt vorgenommen werden, noch gültig? Was wird geschehen?“

Die weiland Harzburger geraten in den schönsten Kram. Vor genau einem Jahre haben sie in Harzburg ihre Front gegründet. Jetzt fliegen Drohungen hin und her. Nationalsozialisten rufen: „Hugenberg raus!“ Oberführer und Graef werden von Nationalsozialisten beschimpft. Tief und breit zeigt sich der Riß auf der rechten Seite.

Die Abstimmung ist geschlossen. Der Reichstagspräsident verkündet, daß 513 Abgeordnete für die Aufhebung der Notverordnung und für das Mißtrauen gestimmt haben. 50 Abgeordnete haben sich enthalten, 32 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Die Reichsregierung von Bayern hatte also in diesem Reichstag unter 608 Mitgliedern ganze 32 Mannen hinter sich.

Das wenigstens hat diese Abstimmung erwiesen, auch wenn sie nur den Charakter einer Demonstration trägt.

Der Reichstagspräsident erklärt, daß er dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort habe nicht geben können. Nachher sei er bereit gewesen, dem Kanzler das Wort zu erteilen. Durch den vorliegenden Beschluß sei die Reichsregierung gekürzt und die Auflösungsorder sei hinsichtlich geworden, da sie vor einem Reichskanzler und einem Reichsinnenminister gegengezeichnet sei, denen der Reichstag das Mißtrauen ausgesprochen habe. Der Reichspräsident schied sich dann an, die schmutzige Wäsche der ehemals Harzburger Front vor dem Volke auszubreiten. Er wendet sich gegen das Verhalten des Vizepräsidenten Graef im Hause des Reichspräsidenten. Eine lächerliche Polemik, denn alle Welt weiß, daß

die Nationalsozialisten selbst diesen Vizepräsidenten gewählt haben.

Er konnte nur durch die Nationalsozialisten Vizepräsident werden. Nicht minder komisch ist die Kampfanlage des Reichspräsidenten gegen den Reichskanzler und gegen die Reichsregierung.

denn die Nationalsozialisten haben die Reichsregierung Bayern in den Sattel gehoben. Adolf Hitler höchstselbst hat dem Reichspräsidenten das Gelöbnis treuer Gefolgschaft für Bayern abgelegt.

Im Pathos eines Schmierenschauspielers gelobt der Reichspräsident, dieser geschworene Feind der Demokratie und jeder freiheitlichen Verfassung, die Rechte der deutschen Volksvertretung zu wahren. Die Linke lacht ihn aus, und dieses Lachen wird sich draußen millionenfach im deutschen Volke fortsetzen. Kein Mensch mit gesundem Sinnen wird der antidemokratischen, antiparlamentarischen, despotischen Nazis glauben, daß sie die Volksvertretung retten wollen. Nein, diese Komödianten fühlen sich nur betrogen. Sie wollen selber diktieren und merken nun, daß sie, dumm genug, andere Diktatoren zur Herrschaft gebracht haben.

Die Reichstagsauflösung ist da. Wir fürchten, im Gegensatz zu den Nationalsozialisten, die nun ankündigende neue Volksbewegung nicht. Wir rufen das ganze deutsche Arbeitervolk in Stadt und Land zum Kampfe auf. Was Nazifolge bedeutet, ist nun allgemein sichtbar: Verschlechterung der Wirtschaftslage, immer größere Bereicherung der Volksmassen, Ausdehnung der Volksrechte, diktatorische Herrschaft, außenpolitische Plünderung Deutschlands, Rastropchenpolitik auf der ganzen Linie.

Das Zentrum zur Auflösung

Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei bezeichnet die Reichstagsauflösung als eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft. Sie hätte vermieden werden können und müssen. Die Reichsregierung habe jedoch alle dahingehenden Rückstellungen des Zentrums vereitelt. Die Reichstagsauflösung entspreche weder dem Wortlaut noch dem Geist der Verfassung.

München, 12. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz bezeichnet die Auflösung des Reichstages als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Die Tatsache eines neuen Wahlkampfes bedeute für Volk, Staat und Wirtschaft ein schweres Unglück vor allem deswegen, weil im gegenwärtigen neuen Wahlkampf kein Verbindungslinien für die deutsche Wirtschaft gebildet werden könne. Die Verhinderung dieser Auflösung mit allen ihren unabsehbaren Folgen sei das Ziel der Politik der Bayerischen Volkspartei gewesen, aber die Regierung Bayern habe grundsätzlich dafür kein Verständnis aufbringen wollen, sobald die unabänderliche Tatsache feststand, daß zwischen dieser Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung und

der einzigmöglichen Reichstagsmehrheit kein innerer Kontakt herzustellen war. Die für die Regierung Bayern vernichtende Abstimmung sei deshalb auch als eine Demonstration gegen die Behandlungsmethode von Seiten der Regierung zu erblicken, die eine Volksvertretung einfach nicht ertragen könne.

Nicht Kellertentrat, sondern Ueberwachungs-ausschuß

Als Mitglied des Kellertentrats und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages hat der sozialdemokratische Abgeordnete Löhe an den Reichstagspräsidenten Goering einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kellertentrats nehmen an der von Ihnen einberufenen Kellertentratssitzung nicht mehr teil, da der Kellertentrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist. Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussanfrage aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuss zur Wahrnehmung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag nach der Auflösung des Reichstages zu der durch den Auflösungsakt der Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung.

Von dem Schreiben des Abg. Löhe als Vorsitzender des Ueberwachungs-ausschusses an den Reichstagspräsidenten Goering wurde Zustimmung Kenntnis genommen. Einstimmigkeit bestand darüber, daß die sozialdemokratische Fraktion sich nicht dazu hergeben dürfe, die verlogenen Mandate der Nationalsozialisten mit der Verfassung irgendwie zu unterstützen. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Kampf gegen die Regierung Bayern und gegen jede Koalition, die dem Volke eine einseitige Partei- und Gewaltherrschaft aufzwingen will, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln weiter führen. Aus diesem Grunde hat die Fraktion in der Montagssitzung des Reichstages dafür gefordert, daß die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung, sowie die von ihr und den Kommunisten gestellten Mißtrauensanträge sofort auf die Tagesordnung gesetzt und über sie abgestimmt wurde.

Am Dienstag, vormittags 10 Uhr, hält die sozialdemokratische Fraktion eine neue Sitzung ab.

Die für Montag nachmittags 5 Uhr in Aussicht genommene Sitzung des Kellertentrats des Reichstages ist abgeblasen worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kellertentrats hätten sich an dieser Sitzung nicht beteiligt, weil sie die Auflösung verteilten, daß der Kellertentrat durch die Auflösung mitbetroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumspartei dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt hatten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat sich Präsident Goering veranlaßt gesehen, auch die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstages abblasen zu lassen.

Der Reichstag ist aufgelöst!

Die jüngsten Vorgänge im Reichstag haben einige verfassungsmäßige Fragen aufgeworfen, die für die weitere staatspolitische Lage von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, aber nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Auflösung des Reichstages im Juni dieses Jahres erfolgte, weil die Zusammenkunft des Reichstages angeblich nicht mehr dem Volkswillen entsprach. In der neuesten Auflösungsverfügung ist als Anlaß die Gefahr der Aufhebung einer lebenswichtigen Verordnung des Reichspräsidenten bezeichnet. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß in beiden Fällen nicht der angegebene Grund maßgebend war, sondern daß den eigentlichen Anlaß der Wille des Reichspräsidenten bildete, die Regierung von Bayern gegen eine Mißtrauensumgebung des Reichstages zu schützen. Jedenfalls verkehrt es aber gegen den Sinn und Geist der Weimarer Verfassung, wenn der Reichspräsident die Ausübung verfassungsmäßiger Rechte des Reichstages (insbesondere das Verlangen des Reichstages, eine Verordnung nach Artikel 48 Nr. 2 außer Kraft zu setzen oder der Regierung das Vertrauen zu entziehen) durch Auflösung verhindert. Das würde in der Konsequenz förmlich dazu führen, daß der Reichstag durch die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten gänzlich ausgeschaltet und ersetzt werden könnte.

Von dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten ist am Montag im Reichstag die Auffassung vertreten worden, daß die Auflösung deshalb unwirksam sei, weil er die Auflösungsverfügung dem Reichstag erst nach dem Beschluß des Reichstages, der Regierung von Bayern das Vertrauen zu entziehen, bekannt gegeben habe und ein gestützter Reichskanzler die Auflösung des Reichstages nicht mehr gegenzeichnen könne. Die Rechtswirkung der Auflösung tritt ein, wenn sie dem Reichstage zugegangen ist. Auch die öffentliche Bekanntmachung der Auflösungsverfügung ist, in der Praxis wenigstens, mehrmals als rechtsgültige Auflösung hingenommen worden. Für die rechtliche Wirksamkeit der Auflösung ist es nicht erforderlich, daß der „Empfänger“ von der Verfügungskenntnis nimmt. Er könnte sonst durch Verzögerung der Kenntnisnahme zum Beispiel Verweigerung der Annahme eines eingeschriebenen Briefes, den Eintritt der Rechtswirksamkeit beliebig hinausschieben.

Gleichviel wie man sich zu der Rechtmäßigkeit der Auflösung stellt, der Reichstag hat nach der Verfassung nicht das Recht, zur Entscheidung über Verfassungskreitigkeiten zwischen ihm und der Reichsregierung oder dem Reichspräsidenten etwa den Staatsgerichtshof anzurufen. Der Kampf zwischen Reichstag und Reichsregierung ist deshalb ein reiner Machtkampf geworden, der durch Neuwahlen ausgetragen wird. Erst der neugewählte Reichstag hat, wenn er die Auflösung des alten für verfassungswidrig hält, nach Artikel 59 der Verfassung die Möglichkeit, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister wegen schuldhafter Verfassungsverletzung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Ein solcher Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens 100 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Ob die neuen Führer der Verfassung, die Nationalsozialisten, einen solchen Antrag unterlegen werden, läßt sich bei der Jugend ihrer Verfassungstreue nicht voraussagen.

Wann wird neu gewählt?

Als Termin für die Neuwahlen ist mit dem 13. November zu rechnen. Immerhin hat die Bayern-Regierung vorläufig die Absicht, den Termin nicht offiziell zu nennen bzw. die Wahlen nicht offiziell auszuschieben. Sie macht die offizielle Nennung des Termins von der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den nächsten Wochen abhängig.

Existenzminimum und Krise

Die Erhöhung der Unterstützungssätze eine unumgängliche Notwendigkeit

In den Ankündigungen der neuen Notverordnung hat sich die Regierung von dem öfteren auf den Begriff des Existenzminimums, das man keineswegs unterschätzen sollte, berufen und zwar in der Art des Vogels Strauß. Man redet vom Existenzminimum und überhört, daß schon seit langem Millionen in Deutschland ohne Existenzminimum auskommen müssen.

Nun ist Existenzminimum sicherlich ein Begriff, der sich nicht gut lassen läßt. Das wissenschaftliche Ernährungsminimum der gemäßigten Zone von 120 Gramm Eiweiß und 50 Gramm Fett pro Tag dürfte wohl etwas sein, was vielen unserer Volksgenossen unzugänglich ist. Seit Jahr und Tag. Diese Tatsache zahlenmäßig unterstützen zu haben, ist das Verdienst der „Wirtschaftskurve“ (Societätsverlag Frankfurt a. M.), in der Dr. Franz Fuertth wichtige und interessante Angaben über die Entwicklung des Existenzminimums in der Krise macht. Fuertth verfolgt die Entwicklung der Unterstützungssätze in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Richtsätze machten noch im November 1928 rund 100 Mark aus, senkten sich bis Februar 1931 auf 80 Mark, bis Juli 1931 auf 72 und im März 1932 auf 59,50 Mark. Immer gegenüber dem Höchststand im November 1928 erfolgte also an den genannten Terminen ein Abbau um 20 bzw. 28 bzw. 40,5 Prozent. Es ist nicht nur die prozentuelle Senkung, die erschreckt, sondern die Tatsache, daß die immer kürzer werdenden Etappen des Rückgangs mit zunehmender Krise stark in Erscheinung treten. „Wenn“, so betont Dr. Fuertth, „in der Notverordnung der Regierung von Wachen eine Herabsetzung der Richtsätze um 15 Prozent angeordnet wird, so täuscht das über die Höhe der wirklichen Herabsetzung. Geht man vom höchsten Richtsatz aus und legt diesen = 100, dann erhält man eine nominelle Senkung in der Krise um zirka 50 Prozent.“

In der gleichen Zeit hat sich nun der Teuerungszindex nur von 152,5 auf 122,4, also nur um etwa 20 Prozent gesenkt. Dieses Einkommen nach den Unterstützungssätzen steht aber den Arbeitslosen nicht für den bloßen Konsum zur Verfügung. Daraus ausgehend untersucht Dr. Fuertth den Anteil von Miete und Konsum am Existenzminimum, wobei er die Friedensverhältnisse in Frankfurt heranzieht. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

	Altmwohnungen (Konsumfähiger Teil der Unterst.ungen)		Neuwwohnungen (absolut prozentual)	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual
1913/14	32,50 M	100	32,50 M	100
November 1928	51,84 M	159,5	34,62 M	106,5
Juli 1931	37,42 M	115,1	24,74 M	75,8
März 1932	34,03 M	104,7	18,95 M	58,5

Diese Mieter in Neubauwohnungen als auch in Altmwohnungen müssen ohne Existenzminimum auskommen. Dr. Fuertth bemerkt zu seinen zahlenmäßigen Ergebnissen folgendes: „Man darf annehmen, daß die wiedererlebten Fiktoren sich im tatsächlichen Konsum noch ungünstiger auswirken, als sich aus ihrer rein rechnerischen Wertung ergibt. Denn es steht fest, daß der Lebenshaltungszindex auch nach der hier durch Ausschaltung der Miete vorgenommenen Korrektur kein zutreffendes Bild von den Preisverhältnissen der gerade für den Arbeiterhaushalt bedeutungsvollen Konsumgütergruppen gibt. Während nämlich beispielsweise der Ernährungszindex vom Februar 1931 bis März 1932 von 131 auf 114,4, also um über 12 Prozent gesunken ist, ändert sich in der gleichen Zeit für den Arbeiterhaushalt so überaus wichtigen Lebensmittel wie Brot und Mehl nur von 93,7 auf 92,7, Gemüse von 70,6 auf 67,5 zurückgegangen, während Kartoffeln sogar von 67,5 auf 73,7 gestiegen sind. Aber auch ohne näheres Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse zeigen die obigen Ziffern, daß der Friedensstand der Unterstützung für die Mieter in Altmwohnungen seit März 1932 nahezu erreicht wird. Jede Schmälerung der Unterstützung wird die Altmmieter unter das Friedensniveau drücken, unter das die Neubaummieter schon seit Jahren gesunken sind. War der Unterstützungssatz der Friedenszeit für einen gänzlich anderen Personenkreis und insbesondere vielleicht deshalb erträglich, weil der privaten Fürsorge ganz andere Möglichkeiten offen standen, helfend einzugreifen, so ist es

mehr als fraglich, ob man den Friedenssatz unter ganz anderen Verhältnissen heute noch als Existenzminimum überhaupt bezeichnen dürfte.

Man darf das Ergebnis, zu dem Dr. Fuertth kommt, wohl verallgemeinern. Nicht nur für Personen, die auf die Unterstützung angewiesen sind, sondern auch für Menschen, die in

Was die Tarifpolitik der Reichsregierung mit sich bringt

Die Gefahren, die der neue tarifpolitische Kurs der Reichsregierung heraufbeschworen hat, treten besonders stark im mittel- und östdeutschen Braunkohlenbergbau in Erscheinung. Dort haben die Arbeitgeber die Gehaltstabelle der technischen und kaufmännischen Angestellten gekündigt. Die ersten Parteiverhandlungen sind bereits geplatzt; neue Verhandlungen finden am 14. September in Halle statt. Schon die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, daß die Braunkohlenarbeitgeber aufs Ganze gehen wollen. Sie erklärten, Ende September sämtlichen Angestellten zwecks Abschluß von Einzeldienstverträgen zu kündigen, wenn die Gewerkschaften die geforderten Gehaltsabbauforderungen nicht annehmen.

Die Abbauforderungen der Arbeitgeber veranschlagen einem direkt die Sprache. Herabsetzung der Grundgehälter um 5 bis 15 Prozent und der Dienstalterszulagen um die Hälfte, Kürzung der sozialen Zulagen um 10 Prozent — also ein durchschnittlicher Abbau um etwa 18 Prozent! Stärkste Kürzung bei den unteren Gruppen, z. B. bei den technischen Aufsichtern von 220 auf 170 Mark! Und das alles, nachdem im Januar die Gehälter der Braunkohlenangestellten bereits um 15 Prozent gekürzt wurden, ganz zu schweigen von dem seit reifem Abbau der Leistungszulagen. So sieht der neue soziale Gedanke der konservativen Staatsführung aus.

Die Erregung der Angestellten über die Tarifkündigung und die Abbauforderung ist um so größer, als das Vorgehen der Arbeitgeber jeder sachlichen Begründung entbehrt. Kaum ein zweiter Industriezweig hat sich als so freigeistig erwiesen wie die Braunkohle. Bei der Mehrzahl der großen Braunkohlengesellschaften haben die Dividendenzahlungen überhaupt keinen Rückgang erlitten, und die Braunkohlenaktien gelten an der Börse als höchst bevorzugte Werte. Die Rationalisierung hat dem Braunkohlenbergbau große Vorteile gebracht; ungefähr 50 Prozent der Arbeiter und Angestellten wurden entlassen; die Leistung ist enorm gestiegen, der Lohnanteil beträchtlich gefallen. Im laufenden Jahr ist nur ein ganz geringfügiger Produktionsrückgang eingetreten. Auf der anderen Seite sind die Halbenbestände in Britetts zum größten Teil geräumt, so daß im Effekt im Laufe des Jahres eine Abwärtsvermehrung zu verzeichnen ist.

Alles in allem: der Braunkohlenbergbau steht finanziell gesund und im Verhältnis zu anderen Industriezweigen sogar sehr gesund da. Auch auf bürgerlicher Seite wird das nicht bestritten. Es liegt also überhaupt kein Grund vor, die schon gekürzten Gehälter der Braunkohlenangestellten noch weiter abzubauen.

Aber so mußte es kommen. Die Unternehmer, die am wenigsten einen Lohn- und Gehaltsabbau brauchen, melden sich zuerst. Sie stellen absichtlich unannehmbare Forderungen, weil sie — Verbindlichkeitsklärung soll es ja nicht mehr geben — so vom Tarifvertrag loszukommen glauben. Für das Vorgehen der Arbeitgeber gibt es nur eine Erklärung: die veränderte politische Lage. Die Braunkohlenherren glauben, sie können sich jetzt alles erlauben. Nur so zu! Noch ist nicht aller Tage Abend.

schlecht bezahlter Arbeit stehen. Deshalb verbietet sich der geantete Lohnabbau. Deshalb ist es notwendig, die Unterstützungssätze so zu erhöhen, daß wenigstens das Existenzminimum gesichert ist.

Die Zahl der Arbeitslosen in England

Ist im August gegenüber dem Vormonat um 48 064 gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 22. August 2 859 828.

In Frankreich verzeichnet die amtliche Arbeitslosenstatistik für den 27. August 2 63 068 (in der Vorwoche 2 68 723) Arbeitslose. Die Ziffer ist also um 2 470 zurückgegangen.

Seit Beginn des Internationalen Bergarbeiterkongresses

In London tritt am kommenden Dienstag der Internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Im Mittelpunkt der Tagungen werden neben dem Tätigkeitsbericht des Internationalen Bergarbeiterkomitees vor allem die Frage der Arbeitszeit, die internationale Kohlenverkündung, die Abwehrmaßnahmen gegen die Kriegsgefahr und die Förderung der Lage im Eisenbergbau stehen.

Die polnische Kohlenausfuhr im August

Die polnische Kohlenausfuhr im August zeigt gegenüber dem Vormonat eine weitere Zunahme um 88 000 auf 925 000 Tonnen. Dies erscheint um so bemerkenswerter, als im vergangenen Monat die Ausfuhr nach Desterreich, die im Juli noch zirka 130 000 Tonnen betragen hatte, unter dem Einfluß der neuen Kontingentsfestsetzung auf etwa die Hälfte zurückgegangen sein dürfte. Bemerkenswert erscheint ferner, daß die Ausfuhr nach Irland bereits 22 000 Tonnen betragen konnte. Der Inlandsabatz ist mit 1,3 Millionen Tonnen gegenüber Juli (1,25 Mill. Tonnen) ebenfalls leicht angestiegen und auch die Gesamtförderung zeigt eine Zunahme um 77 000 Tonnen auf 2,4 Millionen.

Die Reichsfinanzen im Monat Juli

Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen im ordentlichen Haushalt für den Monat Juli mit 657,1 Millionen Mark an, die Ausgaben stellen sich ebenfalls auf 657,1 Millionen Mark. Im außerordentlichen Haushalt stehen 2,2 Millionen Mark Ausgaben keine Einnahmen gegenüber.

Im laufenden Steuerjahr, Anfang April bis Ende Juni, ergibt sich damit im ordentlichen Etat ein Ueberschuß von 63,2 Millionen Mark und im außerordentlichen ein Defizit von 9,1 Millionen Mark. Berücksichtigt man das Defizit aus dem Vorjahre von 132,2 Millionen Mark, den Bestand im außerordentlichen Etat von 58 und den Kassensbestand von rund 48 Millionen Mark, so verbleibt ein Gesamtdefizit für Ende Juni von rund 1,26 Milliarden Mark.

Die schwebende Schuld hat sich von 182,4 Millionen Mark Ende Juni auf 194,3 Millionen Mark für Ende Juli erhöht.

Die Verhandlungen in dem Lohnkonflikt der westfälischen Textilindustrie, die am Montag vor dem Schlichter stattfanden, wurden bis Donnerstag vertagt.

In der Schweiz fanden Massenkundgebungen der Arbeiterschaft statt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte sie einberufen, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, vor allem gegen ihre Pläne auf Abbau der Löhne des zugehörigen Personals, Protest zu erheben. Die Kundgebungen waren außerordentlich stark besucht.

In Frankreich ist in der vergangenen Woche die Zahl der amtlich unterstützten Arbeitslosen von 264 253 auf 259 711, also um 3758 zurückgegangen. Die Besserung bezieht sich diesmal hauptsächlich auf die Textilindustrie, wo man eine leichte Besserung des Geschäftsganges festgestellt haben will.

Familien-Anzeigen

Am 11. September, 3^{1/2} Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein lieber guter Mann, unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der

Oberrbahnwärter i. R.

Friedrich Heinrich

im Alter von 70 Jahren.

Breslau, Friedrich-Karl-Str. 15, Halle, Rokras, Starzendorf, Borsatz, Stettin, den 12. September 1932.

In Ruhe ruhen im Namen aller Einzelkinder:

Susanna Heinrich
geb. Scholz.

Beerdigung Mittwoch, den 14. September, nachmittags 1^{1/2} Uhr, von der Kapelle Sankt Barbara in Cosel. 6576

STADTHEATER

Dienstag, 20 bis 22.45
Abonnements-Vorstellung E 1

Die verkaufte Braut

Mittwoch, 20 bis gegen 23
Abonnements-Vorstellung F 1

Martha

Donnerstag, 20 bis 22.30
Abonnements-Vorstellung D 2

Der Opernball

LOBE-THEATER

Täglich 20.15—22.35

Die Journalisten

GERHART HAUPTMANN
THEATER

Täglich 20.15 bis 22.35

Aud Divoa tonat

CIRKUS BRÜSCH

neude Dienstag singen.

Schulz — Sasoraki

Entscheidung:
Sagakoff — Ahrens

Reiber — Böring

Entscheidung:
Triskald — Czirachis

8^{1/2} Tel. 29133

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Interessen unserer Lesung zu berücksichtigen

WAPPENHOF

Nur noch 3 Tage!

4.45 Uhr und 8.30 Uhr

das mit großem Beifall aufgenommene

1. September-Programm!

Berry Comp. | 2 Randolph | Ling u. Long
Lilian-Ariston-Troup | Richard Kautz
2 Massey | The Jewels | Ly u. Partner | 4 Neskows

Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf.

Die große Funkillustrierte für das schaffende Volk!

VOLKSFUNK

Reich illustrierter Textteil, mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK

Erscheint wöchentlich, 48 Seiten stark, in Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK

Einzelnummer 25 Pf., monatlich 96 Pf. einschließl. Bestellgeld



Das Haus in dem Sie gut und billig kaufen!

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Speisezimmer

Eiche, moderne Ausführung, vollständig, RM. 465.-

S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, L.
(neben Capitol).

Interesse erregen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Plüschsola

65.- RM.

Chaiselongues 19.- RM.

Teilzahlung gestattet

Nowotny
Weidenstraße 23/24

Schriftliche Heilmittel zu vergeben. Emmrich, München 2 50

Kleine Magazine

Sub. komp. gezeigte einpaltige Magazine von berühmten Schriftstellern a. a. u. von Privat. Wort & Pflanze. — 4 Pfennige

Mehrwurmhede für 50 Mark zu verkaufen. Bartzsch, Herbatstraße 61, III. Etg.

Gut erhaltene Bettstellen u. Matratze umgänglich, billig, verl. Epstein, Börsenstr. 7, pt.

Breslauer Nachrichten

Eine merkwürdige „Berichtigung“ der Schlesiſchen Funkſtunde

Die Redaktion der „Volkswacht“ erhielt folgenden Brief der Schlesiſchen Funkſtunde:

Unsere Zeichen: Tag: Der Intendant/D: 1. September 32.

Sehr geehrte Herren, in der Kritik des Rundfunkprogramms in der „Volkswacht“ vom 27. v. M. ist unter anderem der Absatz enthalten: „Dass man bei der Wiedereinweihung des Leuthner Altarbenntmals Wilhelm II. durch den Mund eines ehemaligen kaiserlichen Generals zu Worte kommen ließ, kennzeichnet wohl zur Genüge den Geist, in dessen Zeichen man sich in Leuthen zusammensand.“

Die Schlesiſche Funkſtunde hat demgegenüber festzustellen, daß eine derartige Ansprache nicht durch das Mikrophon gegeben worden ist, richtig ist vielmehr daß General von Madensen, als derjenige Teil der Feier, der übertragen wurde, bereits vorüber war, eine Ansprache gehalten hat.

Ihrem Herrn Kritiker ist also ein Hörfehler unterlaufen, den zu beurteilen wir Ihnen überlassen müssen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Schlesiſche Funkſtunde Aktiengesellschaft. Der Intendant gen.: F. W. Bischoff.

Aus Gründen der Lokalität haben wir dieses Schreiben des Intendanten der Schlesiſchen Funkſtunde veröffentlicht. Zu den in ihm aufgestellten Behauptungen haben wir folgendes zu bemerken:

In der von Herrn Bischoff erwähnten Kritik des Rundfunkprogramms in der „Volkswacht“ vom 27. August ist mit keinem Wort die Behauptung aufgestellt worden, daß die Rede des Generals von Madensen „durch das Mikrophon gegeben worden sei.“ Insbesondere ist das nicht bei dem von Herrn Bischoff herangezogenen Satz der Besprechung der Fall, in dem lediglich an dem Geist der Feier, an dem „Geist, in dem man sich in Leuthen zusammensand“, Kritik geübt wurde. Um diesen Geist zu charakterisieren, wurde in der Rundfunkkritik auf die Tatsache hingewiesen, daß man General von Madensen in Leuthen eine Ansprache halten ließ, bei der er eine Botschaft Wilhelms II. zur Verlesung brachte. Daß diese Rede nicht — wie ursprünglich geplant — auf die Schlesiſchen Sender übernommen wurde, hat damit absolut nichts zu tun. Würde diese prorogierende Rede übertragen worden, dann hätten wir — dessen kann Herr Bischoff sicher sein — nicht nur in einer ausführlichen Kritik zu ihrem Inhalt und der Tatsache der Übertragung Stellung genommen, sondern auch von unserem Beschwerderecht Gebrauch gemacht.

Unser Rundfunkkritiker protestierte lediglich dagegen, daß der Hörerschaft überhaupt eine solche Übertragung vorgeſetzt wird, die im Zeichen dieses Geistes steht. Das ist sein gutes Recht und er hat damit vor allem im Sinne der Arbeiterhörerschaft gehandelt, aus deren Mitte am 21. August gleichfalls bei der Schlesiſchen Funkſtunde — unabhängig von der Kritik — energisch gegen die Übertragung dieser „unverblümt monarchistisch aufgelegenen Denkmalsweiheung in Leuthen“ schriftlich protestiert wurde. Der Absender dieser Beschwerde, der der Funkſtunde bekannt ist, hatte auch, ohne daß die Rede des Generals von Madensen übertragen wurde, den Eindruck, daß man „nationalistische Kriegsverherrlicher“ durch den Lautsprecher „ordentlich vor seiner Majestät in Ehrfurcht erschauern“ ließ. Das ist also die Meinung der Rundfunkhörer über den Geist, der diese Übertragung der Denkmalsweiheung beherrschte.

Wir können uns das oben abgedruckte Schreiben des Intendanten der Schlesiſchen Funkſtunde nur damit erklären, daß Herr Bischoff ein Auffassungsfehler unterlaufen ist, den zu beurteilen wir unseren Lesern überlassen müssen.

Drei tödliche Verkehrsunfälle

Im Laufe des gestrigen Tages ereigneten sich eine Anzahl schwerer Straßenunfälle, bei denen nicht weniger als drei Menschen das Leben einbüßen mußten.

Der erste dieser Unfälle spielte sich gegen 7 Uhr morgens am Platz vor dem Freiburger Bahnhof ab, wo der auf seinem Rade kommende Güterbodenarbeiter Karl Siegmund aus der Groß-Moschberger Straße mit einem anderen Radfahrer zusammenstieß. Da er zunächst wesentliche Verletzungen nicht bemerkte und sich wieder erheben konnte, legte er, wie auch der andere Radfahrer seinen Weg fort. Erst in der Arbeitsstunde auf der Güterabfertigung Breslau-West wurde ihm übel und er mußte sich erbrechen. Er wurde daraufhin mit einer Kraftbrücke in das Allerheiligen-Hospital transportiert, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde, an dessen Folgen er in den zeitigen Nachmittagsstunden starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, das er verlor, als er ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Gegen 13 Uhr rief ein Straßenbahnzug in der Kaiser-Wilhelm-Straße kurz vor der Viktoriastraße den 70jährigen Kaufmann Philipp Deinet aus der Kaiser-Wilhelm-Straße an. Der alte Mann hatte versucht, die Schienen zu überschreiten, blieb aber auf die Warnungssignale des Straßenbahnführers plötzlich mitten auf der Schiene des ankommenden Zuges stehen und es gelang dem Wagenführer trotz aller Versuche nicht, den Wagen anzuhalten. Deinet wurde so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster geschleudert, daß er besinnungslos liegen blieb und in das Wenzel-Hande-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Unpolitisches vor dem Sondergericht

Vor dem Sondergericht hatte sich am Sonnabend der Gärtner Georg Stürz wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni d. J. und wegen Beleidigung von Polizeibeamten zu verantworten.

Die Polizei versuchte in der Nacht zum 10. Juli eine größere Menschenansammlung zu zerstreuen, die sich an der Sandbrücke gebildet hatte. Hier war ein Betrunkener in die Obergesprungen, den die Feuerwehr wieder herausgeholt hatte, da er sich sehr sonderbar benahm, wollte ihn die Polizei in Schuchhaft nehmen und nahm ihn deshalb mit zur Polizeiwache. Merkwürdigerweise mißverstand ein Teil des Publikums diese Schutzmaßnahme und nahm eine drohende Haltung gegen die Polizeibeamten ein. In dieser Menge, die den Polizeibeamten und dem Verhafteten zur Wache folgten befand sich auch Stürz und zwar in unmittelbarer Nähe der beiden Beamten, die den Betrunkener abführten, so daß ihn die Polizeibeamten wiederholt aufforderten, ruhig zu sein. Als er dann der Menge zurief: „Haut den blauen Hund den Schafo runter! Bei uns dauert's ja nicht mehr lange, dann knallt!“ wurde auch er mit zur Wache genommen. Letzt vor Gericht tritt er, geht zu haben. Das hätte nicht er, sondern die Menge getan. Da er sich aber in unmittelbarer Nähe der Beamten befand, konnte gar kein Zweifel daran sein, wie diese auch mit Bestimmtheit ausagten, daß der Angeklagte der Hecker war. Staatsanwaltschaftsrat Menzel beantragte daher sieben Monate Gefängnis; das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Hausverwalter und Mieter

Ein „vorbildlicher“ Hausverwalter ist der Wohlfahrtsdirektor Müller von der Salzstraße. Wir hatten schon verschiedne Male berichtet, daß er es mit seiner sozialen Tätigkeit für vereinbar hielt, von dem Gelde, das er almonachlich den Kindern einer in seinem Hause wohnenden Familie auszugeben hat, sich zunächst einmal die Miete abzuziehen, was natürlich unzulässig ist, denn das Geld gehörte den Stiefkindern, die ihrerseits ja nicht die Wohnung gemietet hatten.

Aber auch sonst steht Müller mit seinen Mietern dauernd in Streit, so daß man ihn häufig als Zeugen vor Gericht sehen kann. Da Herr Müller überdies gerne am späten Abend großen Värm macht, so daß die Kinder aus dem Schlaf schrecken, so kann man es auch verstehen, daß manchmal Worte von seinen Mietern fallen, aus denen eine Beleidigung konstatiert werden kann. Menschen, die sich einer solchen Beleidigung schuldig machen und wurden sie auch noch so sehr dazu gereizt, werden aber stets bestraft. So erging es auch dem Arbeiter Paul V.

Er war es, dem Müller Unrecht getan hatte, indem er ihm das Geld für die Miete Stiefkindern dadurch kürzte, daß er sich den Teil für die Miete abzog. Vor einiger Zeit wurde V. wegen Beleidigung dieses Müller zu einer ganz geringen Geldstrafe verurteilt, weil ihm zugute gehalten wurde, daß er zu der Beleidigung direkt gereizt wurde. Damals mußte sich Müller belehren lassen, als er auf die Frage des Richters zugeben mußte, daß Weinweber keine Mietschulden habe, ob er denn überhaupt noch nichts von Not gehört hätte, denn selbst die Beamten seien doch jezt gezwungen, ihre Miete in Raten zu zahlen.

Dieser Tage stand V. abermals vor dem Einzelrichter, um sich wegen Beleidigung seines Hausverwalters und Wohlfahrtsdirektors zu verantworten. In seiner Erregung über die Maßnahmen des Wohlfahrtsdirektors hatte er dem Oberbürgermeister einen Brief geschrieben und darin gegen Müller verschiedene nicht nachweisbare Behauptungen erhoben. Er gab dies vor Gericht auch zu, schob die Schuld aber auf das unfehlliche Zusammenwohnen mit dem Hausverwalter und auf seine zerrütteten Nerven. Der Staatsanwalt ging weisheitsvoll aber mit dem Angeklagten sehr scharf ins Gericht und merkte, mit zerrütteten Nerven könne man keine vier Seiten langen Brief schreiben. Vor allem aber müsse ein Wohlfahrtsdirektor vor derartig schweren Angriffen geschützt werden; er hielt deshalb eine Geldstrafe nicht für eine ausreichende Sühne, sondern beantragte zwei Wochen Gefängnis. Auf diese Strafe erkannte auch der Richter, doch stellte er V. eine Bewährungsfrist in Aussicht, wenn er innerhalb von zwei Jahren eine Geldbuße von 20 Mark bezahlt.

Standalpresse vor Gericht

Wegen übler Nachrede stand am Sonnabend vor dem Erweiterten Schöffengericht der verantwortliche Redakteur des bekannten Standalblattes „Tribüne“, Heinz Leuner. Die „Tribüne“ hatte sich am 28. Februar 1932 für ihre gewohnheitsmäßigen Verleumdungen die Stabesbeamten ausgesucht, denen in einer Notiz vorgeworfen wurde, daß sie bestechlich seien, indem sie mit den Geschäftsleuten gemeinſame Sache machen. Die „Tribüne“ war darauf gezwungen worden, eine Berichtigung zu bringen. Sämtliche Stabesamtsbeamten und der Oberbürgermeister hatten überdies Strafantrag gegen die „Tribüne“ gestellt. Leuner war zum Termin nicht erschienen. Er hat in einem Schreiben, die Beleidigten mögen den Strafantrag juridizieren. Dies wurde aber abgelehnt; so wurde Leuner, dem Anträge des Staatsanwalts entsprechend, zu 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt und den Beleidigten Publikationsbefugnis zuerkannt.

Kleingärtners Blumenfest

5000 Anstaltseinlagen beschenkt — 20 000 Blumensträuße verteilt Das Entsest auf der Füllertinsel

Die allgemeine Not zwang die Breslauer Schrebergärtner ihren diesjährigen Blumen- und Werbetag mit bescheidenen Mitteln als in den Vorjahren aufzuführen. Der soziale Gedanke sollte jedoch nicht leiden, und so verzichtete man zugunsten der Vermissten der Armeen auf einen großen Teil der rein propagandistischen Tätigkeit, ging dafür aber mit um so größerem Eifer an den Besuch der Alters- und Krüppelheime, sowie der Krankenanstalten heran. Und es waren ihrer nicht wenige, die man beschenken konnte. Rund 5000 Anstaltseinlagen in etwa 25 Heimen konnten mit Blumen und Früchten beschenkt werden.

Als der Sonntag durch strömenden Regen eingeleitet wurde, fürchteten Breslauer Kleingärtner, daß ihnen das selbe Los wie im Vorjahre beschieden sein würde. Trotzdem ließ man sich nicht entmutigen, und schon in den frühen Morgenstunden setzte in den Anlagen ein edler Wettbewerb ein. Jung und alt waren dabei, Blumen zu pflücken und sie zu Sträußen zu binden, Früchte zu ernten und sorggemäß in Körben und Körbchen zu sortieren. Als dann die Sonne sich in der neunten Vormittagsstunde doch noch durchschlechte, steigerte sich die Regiertheit noch erheblich. In Handwagen und größeren Fahrzeugen, die ebenfalls geschmückt wurden, erfolgte, von singender Schreberjugend begleitet, der Transport der Spenden in den späten Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden an ihren Bestimmungsort. Die Kinder Floras wurden so reichlich zur Verfügung gestellt, daß man in den Straßen-äugen, die passiert werden mußten, Tausende von Sträußen an überraschte Spaziergänger zur Verteilung brachte. Nicht selten erlebte man, daß die so plötzlich Beschenkten so überrascht waren, daß sie es der freudestrahlenden Jugend nicht glauben wollten, daß der schöne Strauß völlig unentgeltlich sei.

In den meisten Anstalten sind die Schrebergärtner keine Fremden mehr, deshalb wunderte es nicht weiter, daß sich alles, was auf den Beinen sein konnte und — in den Krankenhäusern — vom verantwortlichen Arzt die Erlaubnis erhielt, in den Gärten der Heime zusammenfand, um zunächst ihrerseits die Spender zu begrüßen und sich dann an den Volkstänzen, dem Prolog und den Gesängen der Kleineren und Größeren zu erheben. Freundliche Worte der Vereinsobleute wiesen auf den Sinn der Blumentage hin, während besorgte Verzte oder freundliche Schwestern im Namen der Beschenkten dankten.

Während hier die Verteilung der Gaben den Abschluß bildete, zogen sich die Spender im Anschluß daran in die Zimmer der Schwerverkranken oder bei den Altersheimen in die Stuben der alten Frauen und Männer zurück, um

mit liebender Sorgfalt und unter reichlicher Verwendung der Blumentender auch hier für einige Tage ein Paradies zu schaffen. Gab es dazu noch, besonders in den Altersheimen, Obst, Gemüse und sonstige Erzeugnisse des Gartens, dann war die Freude noch größer. In einer Anstalt, die zum erstenmal in diesem Jahr besucht wurde, konnten die alten Mütterlein es einfach nicht verstehen, daß es Menschen gäbe, die ihnen solche „Herrlichkeiten“ unentgeltlich überließen. Aber auch bei der Jugend, die durch Krankheit oder Unglücksfälle an das Bett gebunden sind, hörten die Spender sehr oft: „Das is a schöner Tag, so mißt es a immer joan!“ Und die Schrebermädels und -jungen holten aus der Tiefe des Korbes noch andere Dinge hervor, die zwar nicht im Schrebergarten wachsen, die aber auf Kosten der Vereinskasse oder einiger freiwilliger Spender angeschafft wurden, als da sind: Schokolade, Kekse und sonstige kleine Käschereien. Die Eltern waren überrascht, als ihnen in der Besuchsstunde die Kinder einen Blumenstrauß zur Begrüßung überreichten.

Ueber den Besuch der sozialen Anstalten hinaus hatten Breslauer Kleingärtner sich aber auch an die Öffentlichkeit gewandt und zum Besuch ihrer Anlagen eingeladen. Tausende von Breslauern machten von dieser Gelegenheit, einen Blick in das „Sonnenland“ zu werfen, freudig Gebrauch. Auch ihnen wurde in den reifen Fäulen beim Betreten des Geländes als Schrebergärtner ein Blumenstrauß überreicht. Insgesamt sind nach der Feststellung des Vorstandes Breslauer Kleingärtnervereine G. V. in den sozialen Anstalten, den Gärten und auf den Straßen rund 20 000 Blumensträuße, die sehr oft mit einem Werksepruch versehen waren, verteilt.

Den Auftakt des Blumen- und Werbetages bildete am Sonnabend nachmittags ein Schreberfest auf der Füllertinsel. Ueber 2000 Menschen, jung und alt, hatten sich dort eingefunden, als der Festzug, von den Vereinen des Bezirks Breslau-Nord gestaltet, aus Rosenthal kommend unter lustigen Marschweisen in das Gelände des Kleingärtnervereins „Füllertinsel“ einmarschierte. Die grün-weiß-goldenen Fahnen der Schreberbewegung, die kleinen Festwagen mit dem schlafenden Dornröschen, einem lustigen Zirkus, den Darstellungen kleingärtnerischer Tätigkeit und Ziele waren das Charakteristische dieses Aufmarsches. Nur eine kurze Atempause, und dann setzte der große Betrieb ein. Was gab es dort alles zu sehen! — Dieser herrliche Entsestanz, der alles aufwies, was im Schrebergarten erzeugt werden kann, angefangen vom Kleinst-Kürbis bis zum Rabieschen. Er wurde aus besonderer Verehrung dem Deserenten der städtischen Kleingärtnerverwaltung, Stadtrat Poffe, überreicht. Hand-Puppen-Theater und Zirkus, Singestände der vor- und nachschulischen und Volkstänze der schulpflichtigen und schulpflichtigen Jugend, gefangliche und musikalische Darbietungen der Schreberjugend und Kleingärtner wechselten in bunter Folge ab und forderten reichen Beifall der Gäste.

Auch einzelne Vereine veranstalteten im Zusammenhang mit dem Blumen- und Werbetag am Sonntag ihr Entsestanz, das überall den Beifall der zahlreich erschienenen Gäste fand. D. S.

Selbstmord

Im Hause des Grundstücks Opitzstraße 8 wurde heute früh um 6 Uhr der 25 Jahre alte Kutscher Erich H. aus der Pflanzstraße tot aufgefunden. Er hatte sich an dem Teppich-Kopfende erhängt. Was den jungen Mann, der in einem Expeditionsgeschäft als Kutscher tätig war, veranlaßt hat, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, bedarf noch der Aufklärung.

MAGGI'S Fleischbrühwürfel • bei allen Hausfrauen beliebt wegen ihrer Güte. — 5 Würfel nur 17 Pfg. —

Es brannte

eine Limousine, eine Dezentonkranke und ein Wassertratt... Gestern gegen 1/2 12 Uhr wurde die Feuerwehr nach Schwertstraße 7 alarmiert.

Gegen 20 Uhr erfolgte ein Alarm nach Weidenstraße 20. In einer dort befindlichen Tischlerwerkstatt war ein Teil einer Holztafel und eines Kopfbandes der Dezentonkranke durch den elektrischen Anlaßer in Brand geraten.

Im Verlaufe des Tages wurde die Feuerwehr verschiedentlich zu Hilfeleistungen gerufen, um Sturmschäden zu beseitigen.

300 Arbeitern die schlesischen Gebirge zugänglich gemacht

Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ organisiert Fahrten in die schlesischen Landstrassen. Am nächsten Sonntag zum Waldweg nach Peisterwitz.

Mit Recht wird in Prospekten und Werbungen immer wieder betont, daß Reisen in nähere und weitere Landschaften Schlesiens Gesundheit und Erholung bedeuten.

Nachdem jetzt drei Fahrten auf die Berge führten, soll nächsten Sonntag das Pfaffenland seine Beachtung finden. Auf dem Gelände des Breslauer Hauses in Peisterwitz im Oderwald findet ein Waldfest statt.

Billige Fahrt nach Dresden

Anlässlich des ersten Europameisterschaftsspiels am 25. September in Dresden stellt der 1. Fußballbezirk des 14. Kreises eine Autofahrt nach Dresden zusammen.

Ringkämpfe im Circus Salsch

Die Vorkampfbildungen unbekannter Teilnehmer im Circus Salsch erfordern größtes Interesse. So ringen am heutigen Dienstag die unbekannteren Kämpfer und Sogatosi (Rusland) bis zur Entscheidung.

Gewerkschaftshaus - Termin

eröffnet die Gassen 1932/33 am Freitag, den 18. September 1932. Täglich, außer Sonntag, ab 1.30 Uhr, letzte Besichtigung 8.30 Uhr.

Renovierung der Krematoriumshalle.

Die Halle III am Krematorium auf dem südlichen Friedhof Breslauer-Gebirgen wird demnächst in ihrem Innern renoviert.

Haben Sie Kläre Waldhoff gesehen?

Die große Humoristin unserer Zeit gastiert nur noch drei Tage im erfolgreichen Welt-Star-Programm des Reich-Theaters.

Vom polnischen Konsulat

Stephan Bratkowski, welcher an Stelle des Konsuls Alex Wdzienkowski zum polnischen Konsul in Breslau ernannt worden ist, ist vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien in dieser Eigenschaft vorläufig anerkannt und zugelassen worden.

Verlegung städtischer Druckstellen

Die Diensträume der Blockstelle II der Fachabteilung 7 des städtischen Fürsorgeamtes wurden am Montag vom Vestingplatz 3 nach Michaelsstraße 48 für die Buchstaben A einschließlich R und nach Heinrichstraße 12 für die Buchstaben S einschließlich Z verlegt.

Arbeiter-Sport

Serienpiele im Handball für den 18. September

- A-Klasse: 10.00: 1925 I - 8. Abt., Brückenau; Verein. 9.15: 4. Abt. - 11. Abt., Lohewiese; Verein. 14.15: Stabelwitz I - 6. Abt. I, Stabelwitz; Verein. 14.15: 5. Abt. - 12. Abt., Brückenau; Verein.

Handballserienpiele für den 25. September

- Männer A-Klasse, Gruppe I: 9.00: 1. Abt. II - 9. Abt. I, Eichenpark; 50. 10.00: 8. Abt. II - 5. Abt. I, Döparf; 1. 10.10: Dr. Lissa I - Sil.-Riders I, Dr. Lissa; 14. 16.10: Ohlau I - Südost I, Ohlau; 6.

Wassersport

Freie Schwimmer, Abteilung West. Heute Abschwimmen im Waldbad. Es spielt Wasserball 1. Mannschaft - 2. Mannschaft.

Arbeiter-Kulturvereine

Freie Operant-Vereinigung Breslau. 18. September, um 20 Uhr, im Radio-Heim, Paradiesstraße 17, Übungsabend.

Kongress - Theater - Besprechungen

Stadtheater (Opernhaus). Heute, Dienstag, Anfang 20 Uhr (Abendkonzert-Vorstellung E 1): Die verkaufte Braut.

Sozialdemokratische Partei

Montag finden in allen Abteilungen Abteilungen... Parteivorstand. Gewerkschaftsbüro. 31. März 1932 - 170. Telefonnummern 39000-39001.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten. Am Mittwoch erscheinen wir recht zahlreich im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

Freigewerkschaftliches Jugendforum. Zentralverband der Angehörigen Jugendgruppen. Heute 20 Uhr im folgenden Veranstaltungsort.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde Breslau. Abteilung II (Vöpelweg). Mittwoch Jung- und Volkstheater.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Abteilung Süd: Sonnabend 10.30 Uhr im „Sagehof“.

Preussisch-Süddeutsche Staatslotterie. 30. Ziehungstag. 12. September 1932. In der heutigen Schlussziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen.

Table with 2 columns: Prize amount and number of winners. Includes entries like 2 Gewinne zu 1000 M. und 2 Prämien zu 500000 M. auf Nr. 341976.

Die Ziehung der 1. Klasse der 40. Preussisch-Süddeutschen (266. Preussischen) Staatslotterie findet am 21. und 22. Oktober 1932 statt.

Variété Wappensch. Das mit ungemein großem Erfolg zurzeit laufende Programm wird nur noch bis einschließlich 15. September vorgeführt.

Amthlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten. (Radio auch mit Quellenangabe besorgen)

Wetterbericht. Die Sturmzone 46 B hat nunmehr Nord-Schweden erreicht. Im breiten Strom wird Mittel Europa von Kältefronten überfegt.

Table with 2 columns: Location and temperature. Includes entries like Berlin 13.9, Hamburg 12.9, etc.

Geschäftliches. In der letzten Woche ist, wie Gemüts- und Verleumdungsgerichte immer häufiger eine gerichtliche Klage auf die Verleumdung im Wege der Verleumdung eingeleitet.

Noch einmal: „Schuld von Ohlau“

Von Rechtsanwält Joroder, Breslau

Der kommissarische Minister für Preußen Dr. Bracht will Diskussion über das Urteil des Sondergerichts in Briga der Ohlauer Krawalle nicht zur Ruhe kommen lassen. Mit der Verurteilung der Angeklagten hat er sich republikanisch gerichtet und, als ich mich als Verteidiger der Angeklagten zu einer kurzen Erweiterung verpflichtet fühlte, eine noch längere Entgegnung folgen lassen.

Dr. Bracht wendet sich nachdrücklich gegen meine Behauptung, daß die Sätze seiner Auftragschrift nur der mündlichen Urteilsbegründung entnommen seien, weil damals die Urteilsbegründung noch nicht vorliegen hätte. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß wir in diesem Punkte merkwürdigerweise beide Recht haben. Ich mag sie damals tatsächlich bereits vor, aber nicht. Es hat sich also der auffällige Vorzug ergeben, daß die Urteilsbegründung über ein Urteil in Händen hatte als die Angeklagten; und dazu gehören nach unserer Strafprozessordnung noch immer die Angeklagten und ihre Verteidiger. Die Feststellungen des Urteils über Urheberchaft und Schuld werden gerade in den Kreisen, denen sie durch den erstgenannten Abdruck nahegebracht werden sollte, eine wenig schmeichelnde Wirkung ausüben. Denn wenn die Volksmeinung allgemein geneigt ist, dem Spruch eines Gerichts zu misstrauen, der jeglicher Nachprüfung durch eine höhere Instanz entzogen ist, dann ganz besonders hier. Der Fehlerquellen gab es allzu viele: Die nervöse Stimmung einer gerade in den Angeklagten durch die Terrorakte der Nationalsozialisten mit ihrer Hochspannung getriebenen politischen Atmosphäre, das Bestreben, in dem sich sowohl das Vorverfahren wie die Hauptverhandlung abspielte, die Unmöglichkeit, die Verteidigung der Angeklagten sachgemäß vorzubereiten — alles dies läßt mit Recht auf dieses mit seiner Verbündung auch schon rechtskräftig ergebene Urteil mit gewisser Umwandlung das Wort anwenden: „Ein Mannes Rede, ist kein Mannes Rede“. Zumal es sich hierbei auch insofern tatsächlich um ein Mannes Rede handelt, als — wieder eine Ungewöhnlichkeit mehr — für die Verhandlung kein Berichterstatter bestellt, sondern der Vorsitzende ein einziges Mitglied des Gerichts war, das den Inhalt der Verhandlung kannte.

Zu der Frage der Urheberchaft und Schuld sei hier ein Satz des Urteils angeführt, den der amtliche Text des Beschlusses Dr. Bracht nur durch Punkte wiedergibt. Dieser Satz lautet:

„Überhaupt konnte trotz des an den Landrat in Ohlau gerichteten Briefes des Angeklagten Wenzel am 25. Juni 1932, in dem er mit Bestimmtheit für den Fall droht, daß die Mitglieder der Nationalsozialisten der Ohlauer Krawalle nicht eingeschrieben werden würde, die Feststellung, daß die Urheber der Krawalle vom 14. Juli 1932 von langer Hand vorbereitet gewesen seien, nicht (1) getroffen werden.“

Die mündliche Urteilsverfälschung war insofern noch weniger ausführlicher. Sie besagte nämlich:

„Das Gericht hält nicht für erwiehelt, daß das Reichsbannerkreuzen in Ohlau von langer Hand vorbereitet und nur auf den gleichen Tag wie die Krawalle der Nationalsozialisten geplant war, um diese bei der Besetzung Ohlaus zu unterstützen. Der ganze Verlauf der Aktion läßt nichts von planvoller Vorbereitung erkennen.“

Wenn nun die Auftragschrift folgende Sätze des Urteils wiedergibt:

„Zu der Zeit, als die Reichsbannerangehörigen den Zug zum Schloßplatz antraten, wußte keiner von ihnen (nämlich von Privatpersonen der Ohlauer Krawalle) damals was ihnen lediglich gemeint werden: „Schloßplatz“ und auf den Ring, dem geht las, die Nazis kommen.“ — das allein war das Signal zum Marsch auf den Schloßplatz, nicht die Entrüstung über die Ausschreitungen der Nationalsozialisten.“

„Wichtig ist, daß die große Menge von Reichsbannerangehörigen unter Führung von Dornot, Wenzel und Karl Janin von der Forderung her auf den Schloßplatz. Sie waren durch Herbert Janin davon unterrichtet worden, daß es auf dem Ring zu Streitigkeiten gekommen sei. Als Wenzel, Dornot und Janin auf dem Ring“ erhielten die Angeklagten erst, als sie den größten Teil des Weges dahin bereits zurückgelegt hatten.“ (Aussage des Zeugen Tschammer.)

Würde das Gericht zu erkennen gegeben haben, daß ihm daran liege, Zeugen zu hören, die die Meldung von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Republikanern auf dem Ring und den erst daraufhin spontan einsetzenden Abzug von 50-60 Reichsbannerleuten in dieser Richtung bestätigten, so hätte sie ihm in großer Zahl gestellt werden können. Die polizeilichen Ermittlungsakten enthielten derartige Aussagen in Hülle. Beabsichtigte man, den Angeklagten und ihrer Organisation aus der Verneinung dieser Zusammenhänge einen Strich zu drehen, so war es nötig, hierauf des näheren einzugehen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlung einen Tag mehr in Anspruch genommen hätte. Wenn ferner das Urteil als ein bezeichnendes Indiz die Tatsache merkt, daß die Reichsbannerleute nach der Rückkehr aus Quaschwitz nicht gleich nach Hause gingen, sondern zunächst zusammenblieben, so hat es zweierlei übersehen: einmal daß tatsächlich die Mitglieder mehrerer Ortsgruppen noch vor der Einkehr in das Lokal „Zum Walfisch“ nach Hause gingen. Hierfür war — sogar schriftlich — Beweis angetreten worden. Das Gericht hat ihn nicht erhoben, auch nicht zu erheben gegeben, daß es darauf Gewicht lege. Sodann aber ergibt die einfachste Erklärung für dieses Zusammenbleiben, aus dem das Urteil ein „Zusammenhalten durch die Führer“ macht, durch eine sehr einfache Erwägung: Wenn man in der Sommerzeit von einfühliger Fahrt auf einem Lastauto oder per Rad in ein Gasthaus einkehrt, so werden es wohl die Wenigsten fertig bringen — noch dazu an einem Sonntag Abend — es zu verlassen, ohne sich die Kehle anzufeuchten oder sonst etwas zu sich zu nehmen. Der „Walfisch“ ist das Stammlokal der Ohlauer Republikaner. Was Wunder, wenn sie also noch einige Zeit zusammenblieben? Das viele Angeklagte, wenn man ihnen als Beschäftigten im hochnotpeinlichen Verhör eine solche Frage vorlegt, nicht gleich die nächstliegende Antwort bei der Hand haben, läßt sich aus der Situation. Das später die Frauen und Kinder nach Hause geschickt wurden, war die Folge der nach und nach eintrickenden Nachrichten über die ersten Zwischenfälle auf dem Ring. Von „Angriffsflug und Angriffsbereitschaft“ aber war keine Rede.

Nun der zweite Auszug 1 1/2 Stunden später (zur Obliedung). Hier sagt das Urteil, die Nachricht von dem Schießen vor Nacht auf zwei Frauen in der Oberstraße sei „wunderlich“. Denn die Reichsbanner hatten kein Recht, für die den beiden Frauen durch die Nationalsozialisten zugefügten Schwebverletzungen Rache zu nehmen. Das ist juristisch unanfechtbar. Hier indes ein Intermezzo aus der Verhandlung erwähnt. Als der nationalsozialistische Zeuge Jella nach langem Zögern bezeugte, seine Leute hätten eine Haustür gewaltsam erbrochen und seien in ein Haus zum Zwecke einer Durchsuchung einströmen, weil angeblich aus ihm geschaffen worden sei, richtete der Verteidiger an den Zeugen die Frage, woher man die Behauptung auf solchem Wege nehme. Da sprach der Vorsitzende dem Zeugen mit der ungeduldigen Bemerkung bei, das „jet doch wenigstens durchaus verständlich!“

Derartige Rachegebühren unternahmen die Nationalsozialisten jedoch in dieser Nacht nicht nur gegen Häuser, sondern noch viel mehr gegen einzelne Personen. Jeder ihnen Begegnende wurde mit dem Ruf „Hände hoch“ angehalten, durchsucht und, wenn es ein Republikaner war, verprügelt. Nicht ein Angeklagter dieser Verbrechen wurde bis heute gefaßt und verurteilt. Aber die Reichsbannerleute sollen sich über nichts aufregen dürfen? Nur aus psychologischen Erwägungen des zweiten Verfahrens und damit zur Verurteilung bei der Strafverurteilung war dieser Umstand natürlich hervorgehoben worden. Wenn man also nur das wirklich Bewiesene gelten und allfällige Phantasie aus dem Spiele läßt, dann handelt es sich auch bei dem zweiten Auszug der Mitglieder der Eisernen Front genau

so wie beim ersten um eine spontane Aktion, deren bedauerliche Folgen auch hier keineswegs beschönigt werden sollen. Nur spreche man nicht von „Blutbad und Blutausfluß“, wie es in der mündlichen Urteilsbegründung geschah. Denn eines vergesse man nicht: Die wahren Ursachen dieser verüblichen Verbrechen liegen doch auf ganz anderem Gebiete. Das Gericht hat sie teils gründlich verkannt, teils beiseite gelassen. Vertennung liegt vor, wenn das Urteil bei der Strafverurteilung sagt:

„Die Taten der Angeklagten sind um so schwerer zu verurteilen, als sie sich gegen Volksgenossen richteten, mit denen sie alle Lebensverhältnisse gemeinsam haben, die denselben Beruf haben, die in denselben Volksteil angehören, denselben Beruf haben wie sie, die so denken und fühlen wie sie, und denen sie nichts anderes vorwerfen können als die Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Partei.“

In der mündlichen Urteilsverfälschung hörte man noch die Worte: „und von denen sie doch nichts trennt als nur die Farbe des Hemdes und die Nummer auf dem Wahlzettel.“

Diese Begründung mutet eigenartig an. Sie scheint ein wenig vom „Kassenzin“ beeinflusst zu sein. Nun, man kann von einem Sondergericht der Gegenwart nicht erwarten, daß es die Überzeugungen der in der Eisernen Front organisierten Republikaner teilt. Aber was man erwarten sollte, ist doch die Erkenntnis, daß sich in den Vertretern der Parteien, die hier

An der Stimme erkannt

Ein überflüssiger Prozeß vor dem Sondergericht

Unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung hatten sich vorige Woche vor dem Sondergericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Raempff der Tischler Julius Müller und der Arbeiter Paul Kluge aus Neumarkt zu verantworten. In der Nacht zum 13. März war nämlich der Nazi-Gütermaler Paul Schäfer-Neumarkt vor dem Landratsamt verprügelt worden, worauf er als Täter die beiden Angeklagten benannte. Er wollte Müller an der Stimme erkannt haben. Nun war in jener Nacht tatsächlich eine Knebelkolonne der SPD. unterwegs. In einer dieser Kolonnen befand sich auch Müller, aber an einer ganz anderen Stelle, als Schäfer geschlagen wurde. Kluge war überhaupt nicht unterwegs, sondern in jener Nacht zu Hause und beide Angeklagte konnten für ihre Angaben auch durch acht Zeugen den Beweis der Wahrheit antreten.

Doch wie es in der Praxis der Breslauer Sondergerichte und der bei ihnen auftretenden Staatsanwälte üblich ist, bezeichnete Staatsanwaltschaftsrat Menzel diese — sozialdemokratischen — Zeugen als unglaubwürdig und beantragte sogar, ihre Verteidigung zu unterlassen. Das Gericht aber konnte vernunftgemäß keinen Anlaß finden, die durchaus objektiven Zeugen nicht zu verurteilen. So mußte der Staatsanwalt zumindest für Kluge bereits selbst die Freisprechung beantragen; bei Müller jedoch, den Schäfer an der Stimme erkannt haben will, genügte dieser Anhaltspunkt dem Staatsanwalt, am sechs Monate Gefängnis zu beantragen. Selbstverständlich sprach das Gericht beide Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei, da dafür, daß sie den Nazimann Schäfer geschlagen haben sollten, nicht der geringste Verdacht vorlag. Herr Schäfer hat übrigens in der gleichen Nacht einen Schuß abgegeben, weswegen gegen ihn ein Verfahren wegen Waffenmißbrauchs schwebt, so daß auch er sich ebenfalls am 21. September vor dem Breslauer Sondergericht zu verantworten haben wird.

Neue Flugverbindungen

Paris — Goldberg

Am Sonntag vormittag ging in Nieder-Harpersdorf bei Goldberg ein mit drei Personen besetzter Freiballon nieder. Der Ballon hatte an einer Weisfahrt des französischen Aeroklubs teil-

SH.-Munition

Als in Uibersdorf, Kreis Goldberg, Arbeiter des Dominiums den Kuckuck räuteten, um für Reichswehreinquartierung Platz zu schaffen, fanden sie im Stalle eine Menge Munition. Sie soll dem SH.-Führer Stadler vom Dominium gehören. Das Schusspolizeikommando, das anlässlich des Anlasses auf der Sozialdemokraten Dertner in Pilarsdorf weilte, nahm sofort die nötigen Maßnahmen vor.

Die Ueberfallenen sind schuld

Sondergerichtsprozeß um Ranth beginnt

Morgen beginnt vor dem Breslauer Sondergericht der Prozeß um den Ranther Feuerüberfall auf den Zug der Eisernen Front anlässlich des Roten Tages in Gniechowitz am 10. Juli. Bei der herrschenden Praxis der Anklagerhebung an Sondergerichten nimmt es an sich nicht wunder, daß auch hier wieder parteilose Arbeiter, Kommunisten und Angehörige der Eisernen Front wegen Landfriedensbruch, politischen Ausschreitungen usw. auf die Anklagebank kommen, während die drei bekannten Ranther Schießhelden Vater, Kann, Laufer und Herr A. Schubert aus Schöbelsch lediglich wegen Waffenmißbrauch angeklagt werden. Wie man vernimmt, werden sogar die mit der Waffe angetroffenen Nazi-Landfriedensbrecher Bieger, Köhlig, Vater junior, Saff und andere als Zeugen vernommen. Hieraus ergibt sich unübersehbar, wie drei Parteigenossen, sowie die Parteifreien Schmitt und Anna Kuhl seit Monaten in Haft sitzen, teilweise sogar zweimal verhaftet wurden, während den Herren Faschisten die beste Gelegenheit zur Verdunkelung des Tatbestandes gegeben blieb.

Daß bei dieser, leider schon üblich gewordenen Konstruktion der Anklage, an der die Ranther Polizeibehörde wohl auch ihren Anteil hat, wieder die seltsamsten Behauptungen aufgestellt werden, um den Landfriedensbruch zu beweisen, kann vorweg als sicher angenommen werden. Wie abwegig jedoch diese Behauptungen rein logisch erscheinen, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß der Zug von Breslauer Schusspolizei begleitet war. Lediglich durch eine Panne war die Polizei eine Zeitlang zurückgeblieben. Im allgemeinen pflegt man aber, wenn man die Absicht hat, einen Landfriedensbruch zu begehen und sich zu diesem Zweck bewaffnet, was ebenfalls wieder den linksgerichteten Arbeitern zur Last gelegt wird, nicht Polizeibegleitung zuzulegen bzw. die Polizei, wenn sie eine solche Bewaffnung, die doch unmöglich verfehlt werden konnte, feststellt, nicht ruhig abzuwarten, bis ein Landfriedensbruch losgeht.

handgemein wurden, zwei Weltanschauungen bekämpften, die nicht verstanden, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft schwebt, ganz zu schweigen von dem pathologischen Dukt, den die eine der anderen entgegenbringt, und der schließlich auch einmal auf der Gegenseite ein entsprechendes Echo finden muß. Sagt doch das Urteil selbst, daß die Taten „in eine von Partei-leidenschaft durchwühlte Zeit“ fallen. Es ist ein schweres Unrecht, dieses Argument nicht auf allen Ungelassen zugute kommen zu lassen, sondern davon drei auszunehmen, deren einem das Urteil sogar nachsagt, daß er „den Eindruck eines ruhigen, besonnenen, maßvollen Menschen macht, dem illegale Handlungen nicht ausstrahlen sind“. Die in solchen Fällen zugebilligte Ueberzeugungsfähigkeit, die das Schweidnitzer Urteil den nationalsozialistischen Anklagen zubilligte, hätte auch hier vermehrt werden müssen, schon um dem Eindruck zu begegnen, daß nicht mit gleichem Maße gemessen werde.

Was aber das Urteil ganz beiseite gelassen hat, das ist die Erwähnung des Umstandes, daß gerade das a e s h l o s s e n e und uninformierte Auftreten der nationalsozialistischen SH. bei den Nationalsozialisten republikanischer Organisationen ausreißend und verblüffend wirken mußte. Hätte man doch was gewiß von einer nicht mit dem Stigma des Radikalismus behafteten Regierung ausgesprochene Verbot der SH. und ihrer Uniformierung gerade für den Wahlkampf aufgehoben und dadurch der „Partei-leidenschaft“ einen besonders gefährlichen Blindstößel dargeboten! Dieser Umstand hätte dem Gericht auf der Suche nach „Ursache und Schuld“ doch nicht entgehen dürfen. Entgangen ist er ihm wohl kaum. Aber Erwähnung fand er nicht. Willentlich wäre sie eine Besonderheit gewesen, die selbst ein Sondergericht nicht auf sich nehmen wollte.

genommen. Da man beim Start des Ballons in Paris auf Grund der Windverhältnisse angenommen hatte, daß die Fahrt auf belgisches Gebiet führen würde, waren die Pässe der Belagung nicht mit dem für eine Fahrt nach Deutschland notwendigen Visum versehen. Der Landrat stellte ihnen daher Not-Sichtvermerke aus, worauf die unfreiwillig Reittouristen die Rückfahrt per Bahn antreten konnten.

Hier tote geborgen

Abjährling der Tragödie von Janow

Die Bergungsarbeiten auf dem Richtigens-Schacht in Janow, die sich äußerst schwierig gestalten, da eine neue Strecke von etwa 20 Meter Länge gefahren werden mußte, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden.

Nachdem bereits am Sonnabend zwei Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verschütteten am Montag geborgen worden. Die Grubenverwaltung hat sich wegen Freigabe der Leichen an die Staatsanwaltschaft gewandt, da die Toten, die schon stark in Verwesung übergegangen sind, alsbald beerdigt werden sollen. Die Bergleute sollen auf dem Janower Friedhof am Mittwoch in einem gemeinsamen Grab beigesetzt werden.

Schweidnitz. Rebellion an Bracht. In der letzten Sitzung des alten Kreisrates für den Landkreis Schweidnitz wurde folgendes Telegramm an die kommissarische Preußen-Regierung abgefaßt: Kreisrat Schweidnitz bittet, den Kreis ungehindert zu lassen aus wirtschaftlichen, geschäftlichen, verwaltungsmäßigen und kulturellen Gründen. Sollen Teile von Kreisen unbedingt erfolgen, so bedeutet beabsichtigte Zuteilung nur eines Teiles des Kreises Striegau eine untragbare Herabsetzung der Leistungsfähigkeit des Kreises Schweidnitz. Ohne Beeinträchtigung des beabsichtigten Verwaltungszweckes wird daher aus dringenden wirtschaftlichen Gründen um Zuteilung des ganzen Kreises Striegau mit Ausnahme des Zipfels um Hulm gebeten.

Aus der Umgebung

Stöckwitz bei Ranth. Schadenfeuer. Am Sonnabend, gegen 19 Uhr, brach in dem hiesigen Kaufhaus Feuer aus, durch welches das Wohngebäude stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dem schnellen und tatkräftigen Eingreifen der umliegenden freiwilligen Wehren ist es zu danken, daß ein weit größerer Schaden verhindert wurde.

Schriewitz, Kr. Neumarkt. Lebensmüde. Am Freitag erhängte sich hier der 27 Jahre alte Stellenbesitzer Bruno K ä d e r, der erst seit vier Monaten glücklicherweise verheiratet war. Seine Mutter erkrankte sich im Frühjahr. Auch sein Stokpater erlitt durch Selbstmord, obwohl die Familie stets in geordneten Verhältnissen lebte. Offenbar ist krankhafte Schwermut der Anlaß zu dieser Lebensmüdigkeit gewesen.

Noch bedeutsamer aber für die Schuldfrage dürfte, abgesehen von der Klärung der Einzelheiten des Ueberfalles, der in der Verhandlung zu klären sein wird, die Tatsache sein, daß die Eiserne Front nicht weniger als einen Toten, den Kameraden Tille aus Klettenberg, und fünf Verwundete, die Genossen Fr. Franziska (zwei Beinwunden), J. Winkler (Beinwunde), A. Schmitt (Lungen-Steichung), Schlenjog (Oberextremität mit Wundmühschlag) und G. Milde (Armwunde) zu verzeichnen hatte. Die angeblich überfallenen Nationalsozialisten, die mit rauchendem Schießpulver betroffen wurden, aber haben sich lediglich wegen Ueberretung der Waffenmißbrauchverordnung zu verantworten. Es ist mitunter wirklich schwer, den Irrwegen deutscher Justiz auch rein logisch zu folgen.

Die Verhandlung findet vor der neugebildeten Kammer des Sondergerichts unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Raempff statt. Beisitzer sind die Landgerichtsräte Wenzel und Dörckh, Ankläger Staatsanwalt Menzel. Da bis jetzt schon 98 Zeugen geladen wurden, ist mit einer Verhandlungsdauer von mindestens drei Tagen zu rechnen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Niesky
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gebelshaus, Gebelshaus, Telefon 170-174
Telephon 9904, 9901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Freitag, Mittwoch, den 14. September, 21 Uhr, im Lokal Laugwitz: Mitgliederversammlung für Partei und Reichsbanner, Genossen und Kameraden, erscheint recht zahlreich! Redner ist Dr. K o r n - Steine.

1 Jahr 7 Monate Zuchthaus

Die Markener-Kammer des Sondergerichtes Berlin verurteilte am Montag den 40 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Kohde zu einem Jahr sieben Monaten Zuchthaus. Kohde bekannte sich nicht schuldig. Sein Antrag auf Stellung eines Officialverteidigers war abgelehnt worden! Ebenso hatte das Gericht die von dem Angeklagten beantragte Ladung des Hauptzeugen abgelehnt!

Der Hauptzeuge, den das Gericht nicht befragte, ist ein Stahlhelmer. Kohde soll am Stahlhelmtag diesen nicht einmal namentlich ermittelten Stahlhelmer in Tatgemeinschaft mit anderen Personen verfolgt, niedergedrückt und bedroht haben. Er war von Polizeibeamten zwar aus der Menge, die hier Handfriedensbruch beging, herausgeholt worden, behauptete aber seinerseits, daß er ohne seinen Willen in den Krawall hineingeraten und über den am Boden liegenden Stahlhelmmann gestolpert wäre. Er sei aus der Straße gewesen, um Brot und Zigaretten zu kaufen. Allerdings habe er — was ihm die Anklage gleichfalls vorwirft — auf der Polizei geschimpft, aber erst, nachdem ihm dort gesagt worden wäre: „Zehn Jahre Zuchthaus sind dir sicher, vielleicht sogar die Todesstrafe!“ Als Zeugen waren drei Polizeibeamte geladen, nur einer von ihnen befragte den Angeklagten wesentlich.

Kurzschluß an der Futterkrippe

Dreizehn Reichwehrrittere getötet

In Schwertingen kam es in der Nacht zum Sonntag zu einem furchtbaren Unglück. Infolge schlechter Isolierung der Lichtleitungen, die vermutlich infolge der verfallenen Krippe entstanden war, ereignete sich ein Kurzschluß. Hierdurch kamen die eisernen Krampen der Pferde, sowie die eisernen Galfertetten der Tiere mit dem Strom in Verbindung. Dreizehn Pferde wurden durch den elektrischen Schlag getötet. Es handelt sich um das Pferdmaterial des Truppenkorps des in Schwertingen stationierten Reichwehrritterregiments 2.

Die Höhenraute des Ingenieurs Winkler

Die Höhenraute des Ingenieurs Winkler ist gestern nach Pilsen transportiert worden. Der ursprünglich auf der Insel Greifswalder Die geplante Start konnte nicht stattfinden, da die staatlichen Stellen die Genehmigung verweigert haben. Die Karte wird auswehrt in der Einsamkeit der östpreussischen Kurischen Nehrung südwestlich von Pilsen abgeköhrt werden. Die Behörden haben, wie der Erfinder mitteilt, die Genehmigung bereits erteilt. Der Start soll in den Tagen vom 29. bis 31. September vor sich gehen.

Die 500 000 Mark-Prämie

In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel die Prämie von 500 000 Mark auf das mit 1000 Mark gezogene Los mit Nr. 341 976. Das Los wurde in der ersten Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der zweiten Abteilung in Westfalen in Achstollen gespielt.

In der Scheune verbrannt

In Grapshabern brannte am Sonntag auf dem Grundstück des Oekonomierats Weinberger eine große Scheune mit Erntevorräten nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten entdeckten die Feuerwehrleute die ganz verkohlte Leiche eines Knaben. Ob der Knabe an dem Brande schuld ist und dabei verbrannte oder ob der Brand von einer fremden Person gelegt wurde, oder ob ein Verbrechen vorliegt, steht noch nicht fest.

Familie Fleischvergiftet

Ein Kind gestorben

Im Gelsenkirchener Stadtteil Buer erkrankte gestern nachmittag eine vierköpfige Familie an Fleischvergiftung. Sie wurde sofort in ein Krankenhaus geschafft, wo ein zweijähriges Kind der Familie bereits gestorben ist. Die Mutter liegt noch schwer krank darnieder; der Vater und das zweite Kind sind nur leichter vergiftet.

Gronaus Weiterflug von Tokio nach Schanghai

v. Gronau mit seiner Befahrung wird noch fast eine Woche in Tokio bleiben. Gronau will am 18. September den Weiterflug nach Nagoya, einer Bucht an der Südküste des japanischen Festlandes, starten. Von dort führt der Weg nach Kagoshima, wo das deutsche Dornierflugboot am 19. September eintreffen wird. Kagoshima ist der letzte Stützpunkt für v. Gronaus Flug über das ostindische Meer nach Schanghai, an der Ostküste Chinas, wo die Flieger am 20. September eintreffen wollen.

Heberwuchertes Dorf

In der Gegend von Sironberg (Hunsrück) wurde bei Ausgrabungsarbeiten der Rest eines Dorfes bloßgelegt. Die vor 700 Jahren von ihren Bewohnern verlassene Siedlung war mit Bewitterungserde bedeckt und durch Gestrüpp völlig überwuchert.

Mästelhafter Mord

Am Montag wurde am Ober-Bollwerk in Oberberg (Kreis Angermünde) der Leichnam des 19jährigen Heinz Schmidt aus Oberberg aufgefunden. Die Schädeldecke war eingestülpt, die Hirnschale zertrümmert; der Hinterkopf wies tiefe Risse auf. Alles Anschein nach liegt Mord vor. Da Schmidt niemals persönliche oder politische Auseinandersetzungen hatte, ist das Motiv des Verbrechens ebenso rätselhaft wie die Persönlichkeit des Täters.

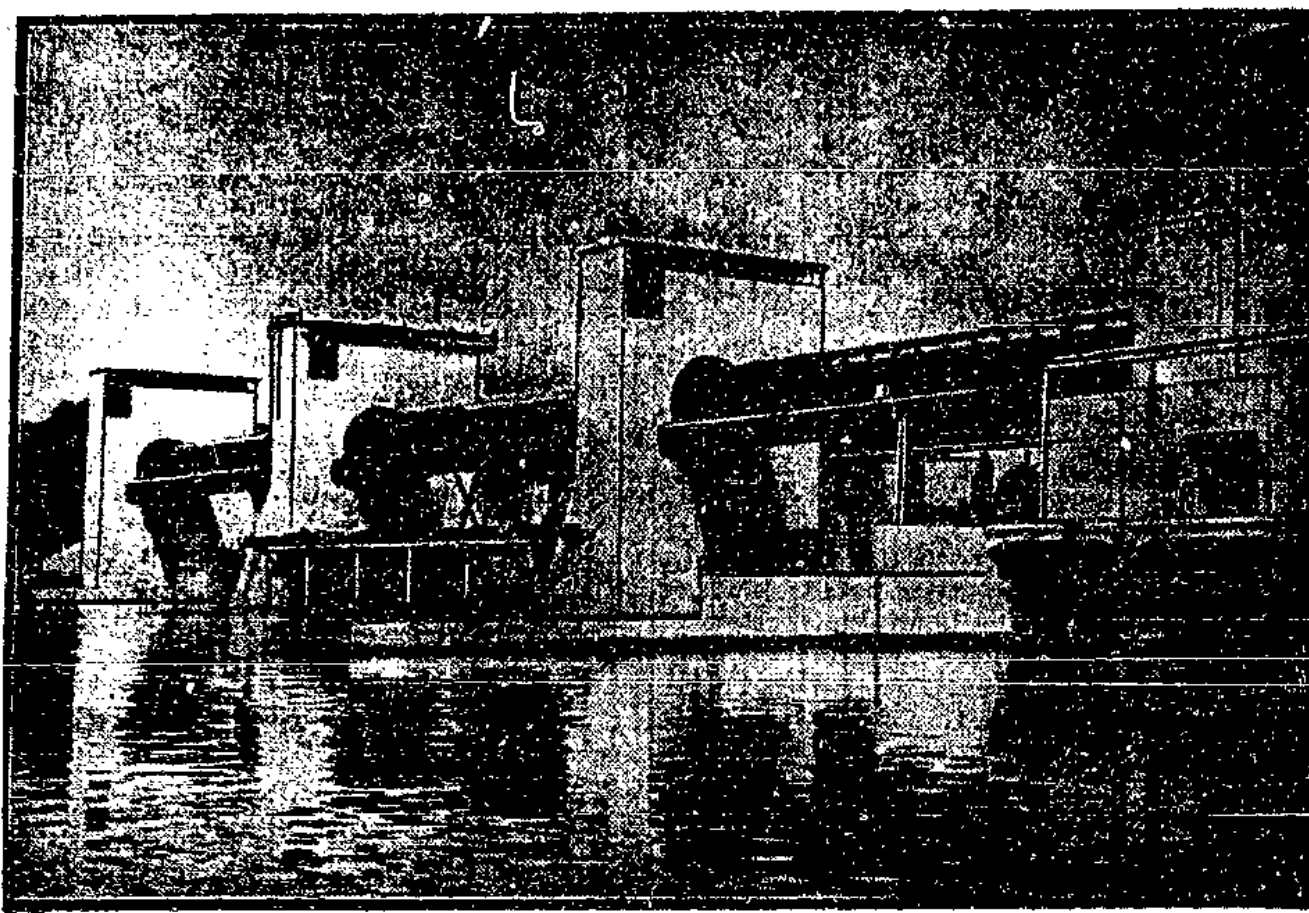
Ein Feuerwehrmann schwer verunglückt

Ein zu einer Übung fahrender vollbesetzter Mannschafswagen der freiwilligen Feuerwehr in Zwickau ist gestern nachmittag auf der Goethestraße schwer verunglückt. Vier Feuerwehrmänner wurden schwer, vier andere leichter verletzt.

Keine Begrüßung von Gronaus?

Der „Tempo“ will erfahren haben, daß die Begrüßungskommission des Justizministeriums sich gegen das Begrüßungsgeläch Gronaus ausgesprochen habe. Der Präsident der Republik wird am Montag vermittags die Verteidiger Gronaus in Audienz empfangen.

Die modernste Stauanlage Europas



wird in einigen Tagen in Betrieb genommen werden. Es ist die Staustufe Frankfurt-Griesheim der künftigen Rhein-

Main-Donau-Großschiffahrtsstraße, die die Nordsee mit dem Schwarzen Meer verbinden wird.

Falsche Zehn-Loth-Stücke

Bei einem Bieler Kaufmann versuchte eine Frau ein falsches Zehn-Loth-Stück in Zahlung zu geben. Als die Frau merkte, daß der Kaufmann an der Echtheit des Stückes zweifelte, nahm sie das Stück wieder an sich und flüchtete. Der Polizei gelang es, die Frau festzunehmen. Es handelt sich bei der Festgenommenen um eine Frau Maria Krohlt aus Schwientochlo, deren Mann augenblicklich wegen Falschmünzerei im Posener Gefängnis eine Strafe absitzt.

Luft und Arbeit

Im Physiologischen Laboratorium des Staatlichen Instituts für Arbeiterschutz in Moskau prüfte man, inwiefern kühle oder bewegte Luft das Ergebnis der Arbeit verbessere. Man ließ Leicht- und Schwerarbeiter unter verschiedenen Luftbedingungen arbeiten und stellte fest, wenn sie sich wohler fühlten und wann etwas längere Schweißbildung eintrat. Durch das Arbeitsbehagen wurde die Leistung gefördert. Beim Zusammenlegen von Apparaten, bei Liebearbeit, beim Sortieren leichter Gegenstände erwies eine Temperatur von 17 bis 20 Grad, bei schwerer Arbeit eine solche von 12 bis 15 Grad sich als vor-

New Yorks neuer Oberbürgermeister



Als Nachfolger Jimmys Walkers, der bekanntlich wegen einer Bestechungsaffäre zurücktreten mußte, ist Joseph McKee zum Oberbürgermeister von New York ernannt worden.

teilhaft. Der Arbeiter fühlt sich dann wohl, wenn seine Haut an der Brust in den Grenzen von 31,5 und 33,5 Grad bleibt. Er wird dann weder durch Schweiß noch durch Kältegefühl beeinträchtigt. Wurde künstlicher Wind erzeugt, so hatte dadurch hervorgerufene Behagen merkliche Mehrleistung zur Folge. Die körperliche Wirkung war zu messen. Die tägliche Arbeit den Puls um 30 Schläge in der Minute schneller gehend, so sanken hiervon etwa 20 Schläge ab, wenn ein kühles Kältebad den Arbeiter anwehte. Nach 1 1/2 stündiger Arbeit stieg die Körpertemperatur um 0,3 Grad an, bei Windzuführung aber nur um den zehnten Teil davon.

Holzgeld . . .

Die Kärntner Landesregierung gibt bekannt, daß sie die Bezahlung rückständiger Steuern an Stelle von Bargeld aus Holz annimmt.

Die traurige Witwe

Eine 18jährige indische Witwe in Kabaun bei Bahr beging, unglücklich über den Verlust ihres Gatten, auf eigenhändige Weise Selbstmord; auf freiem Feld setzte sie sich den sengenden Sonnenstrahlen aus, ob nichts, trank nichts, schließlich brach sie zusammen. Es war nicht möglich, sie ins Leben zurückzurufen.

Was kostet Liebe?

Das Gericht in Seattle (USA.) verurteilte eine Frau zur Verhängung, einem jungen Mann für eine Anzahl verbrannte Liebesbriefe fünf Dollar pro Stück zu zahlen. Der „Geschädigte“ hatte 200 Dollar pro Stück verlangt.

Bombenexplosion vor zwei New Yorker Theatern

Vor zwei in verschiedenen Stadtteilen gelegenen Theatern ereigneten sich am Sonnabend Bombenexplosionen, als die Theaterbesucher gerade die Vorstellung verlassen wollten. Es wurde nur Sachschaden an den Ausgangstüren und in der Nachbarschaft angerichtet, wo eine Reihe von Schaufenster Scheiben in Trümmer ging. Die Tat wird mehr in der Arbeitererschaft herrschenden Erregung in Zusammenhang gebracht.

Ein Amerikaner ohne Beine durchschwimmt den Kanal

Der Amerikaner Zibelman, ein Mann ohne Beine, hat gestern Abend bei St. Margaret in der Nähe von Dover die Durchschwimmung der Calaismeerenge begonnen. Dieser Mann hat die Eigentümlichkeit, beim Schwimmen unauffällig zu rutschen. Er hat also einen guten Vorrat Zigarren mitgenommen. Er wird von einem Schlepper und einem Ruberboot begleitet.

König Dickerle und sein Gönndchen

Von G. Th. Notman



Da lenkte die Gans das Boot mitten durch ein Gestrüpp von Wasserpflanzen und drehte dann plötzlich, so daß das Boot kenterte. Und da parzelten nun die beiden armen Zwergle ins Wasser... Ruheten sie in diesem tiefen, tiefen Wasser ertrinken?



Vergebens versuchte Rierewit sich irgendwo festzuhalten. Er sank schon tief und tiefer und sah, wie die Fische ihn erstickt ankauten. Endlich fiel er auf den weichen Schlamm, auf dem Grund des Flusses. Da blieb er still liegen, mit geschlossenen Augen, genau als ob er schlief. Aber ein fischen Vater wurde er noch, schlug die Augen auf und...